Aus Bulgarien.

Es ist nicht leicht, sich in dem Gewirr der Nachrichten zurecht zu finden, welche gegenwärtig über die jüngsten Vorgänge in Bulgarien verbreitet werden und oft vollständig einander widersprechen. Während anfangs bestimmt behauptet wurde, Major Panitza sei verhaftet worden, weil er mißliebige Aeußerungen über die Regierung gethan habe — an sich nach dortigen Anschauungen gerade kein besonders schwerwiegendes Vergehen — schwollen die Mittheilungen noch und nach in einem immer bedenklicheren Grade an, bis sie, was Panitza betraf, in der ungeheuerlichen Beschuldigung gipfelten, der Verhaftete habe mit seinen Genossen nichts Geringeres, als die Ermordung des Fürsten Ferdinand und einiger seiner Minister beabsichtigt, wobei, offiziös wohlverstanden, hinzugefügt wird, er habe dieses Verbrechen unter dem Druck des russischen Einflusses — ausgeübt von dem satisam bekannten russischen Geschäftsträger Hitrowo in Bukarest — geplant. Man wird gut thun, der Sache mit großer Vorsicht und Zurückhaltung näher zu treten, denn die Kenner von Land und Leuten auf der Balkanhalbinsel weiß, wie leicht dort die aufregendsten Nachrichten in die Welt gesetzt und wie rasch sie, lawinenartig vergrößert, weiter verbreitet werden, ohne daß an Ort und Stelle selbst irgend welche Gewißheit und Klarheit über den wirklichen Stand der Dinge herrschen. Der Schreiber dieser Zeilen weilte zu einer Zeit, als die Wogen der politischen Erregung in Bulgarien sehr hoch gingen — es war während und nach der Alexander-Affäre, welche den Rücktritt des ersten Fürsten veranlaßte — wochenlang im Lande und zwar meistens in Sofia und machte in Beziehung dessen, was dort im Erfinden und Verbreiten von Sensationsnachrichten geleistet wird, die unglaublichsten Erfahrungen. Jede, von irgend einem müßigen Kopf im Café — und das ganze öffentliche Leben spielt sich in Sofia in den Café's oder auf der Straße ab — erfundene oder auch nur hypothetisch aufgestellte politische Mittheilung wurde sofort im Brustton der Ueberzeugung als absolut wahr weiter kolportirt, besprochen und geglaubt, um am anderen Tage bereits dem Vergessen anheimzufallen. Und damals wurden diese „Phantasien" noch von einer Schaar gewissenhafter Vertreter auswärtiger Blätter auf ihre Echtheit geprüft und wenigstens nach auswärts unterdrückt, während heute, wo dieser europäische Berichterstatter-Apparat nicht oder doch nur in sehr beschränktem Maße fungirt, eine solche Kontrolle nicht existirt und den abenteuerlichsten oder stark beeinflußten Nachrichten Thor und Thür nach außen geöffnet ist. Wir wollen nicht absprechen, daß Major Panitza mit der jetzigen Regierung unzufrieden ist, umsoweniger, da er stets als fanatischer Anhänger des Battenbergers für dessen höchst zweifelhafte Rückkehr plädirte, allein wir glauben absolut nicht, daß er, was er auch plante, dies in Verbindung mit dem russischen Ränkeschmied Hitrowo that. Wir hatten zu oft Gelegenheit, uns im regen persönlichen Verkehr mit Panitza von dessen grimmigem Russenhaß zu überzeugen, um an eine so auffallende Wandlung seinerseits zu glauben und es wird ganz anderer Beweise bedürfen, ehe wir uns zu diesem Glauben an den Verrath eines Mannes bekehren, der seinem Vaterlande unleugbar große Dienste leistete. Die „Neue Freie Presse" freilich, das ausgesprochene Leiborgan des Fürsten Ferdinand, ist mit ihrem Urtheil bereits fix und fertig und wenn wir ihren sensationellen Nachrichten glauben dürften, so gäbe es augenblicklich keinen ehrloseren Offizier in Bulgarien als den verhafteten Major Panitza. Man wird indessen gut thun, sich der Sensationstelegramme desselben Blattes über den seiner Zeit ebenfalls schwer verdächtigten und verhafteten Major Popoff zu erinnern, der damals zum Verschwörer und Dieb gebrandmarkt, sich heute ruhig seiner Freiheit erfreut und dessen schwerstes Verbrechen offenbar auch nur darin bestand — ein energischer Anhänger Alexanders I. zu sein.

Preußischer Landtag.

(Bericht der Saale-Ztg.)

Abgeordnetenhaus.

13. Sitzung vom 8. Februar, 11 Uhr.

Das Haus nimmt debattelos einen Antrag Letocha auf Einstellung des Strafverfahrens gegen den Abg. Stöckel (Cent.) wegen Preßvergehens an und setzt sodann die zweite Berathung des Etats der Eisenbahnverwaltung fort.

Beilage 32, Titel 1, „Centralverwaltung in Berlin, Ministerialabtheilungen" bemerkt

Abg. Parisius (dfr.): Bei der berliner Stadtbahn ist durch Ermäßigung des Personentarifs vom 1. Jan. 1890 ab eine wesentliche Verbesserung eingetreten. Dieselbe erstreckt sich jedoch seltsamerweise nicht auch auf die früher gelösten Zeitkarten, für welche vielmehr die alten Bestimmungen beibehalten werden, sodaß diese durch ihr Abonnement, statt Vortheil zu haben, wie man es doch erwarten sollte, direkt geschädigt werden. Dies Vorgehen ist allgemein im Publikum sehr unangenehm empfunden worden, und es ist mir um so unverständlicher, als die wünschenswerthe Kulanz gegen die bisherigen Zeitkartenhaber doch kaum einen wesentlichen unpünktlichen Effekt haben dürfte. Es wäre also nur billig, wenn auch für die alten Zeitkarten die Ermäßigungen des neuen Fahrplans Geltung hätten. Leider aber sind alle Beschwerden gegen die Nichtbeachtung dieses Billigkeitsgrundsatzes aufgrund einer Verfügung höheren Orts zurückgewiesen worden. Würde ein Privatmann in gleicher Weise verfahren, so würde man das als wenig anständig bezeichnen. Das Verfahren der Stadtbahnverwaltung ist aber, abgesehen von dem Billigkeitsprinzip, auch rechtlich nicht zu vertheidigen.

Geheimrath Fleck: Es handelt sich um eine Verfügung des berliner Betriebsamtes, ich kann daher hier keine Auskunft geben, da ein Antrag an der Centralstelle noch nicht gestellt ist.

Abg. Parisius: In dem Bescheid auf eine Beschwerde steht: Verfügung höheren Orts, und ich habe daher angenommen, daß sie vom Ministerium ausgegangen ist. Die Verwaltung scheint warten zu wollen, bis Anträge und Beschwerden der Centralstelle einlaufen. Das Publikum aber, wenn es derartige Bestimmungen auf den Bahnhöfen angeschlagen findet, beruhigt sich dabei, und auch ich hätte, wenn es sich nur um eigenes Interesse — ich benutze auch Zeitkarten — handelte, die Sache laufen lassen, aber hier sind allgemeine Interessen im Spiele.

Abg. Brömel (dfr.) weist auf den schlechten Besuch der eisenbahn-fachwissenschaftlichen Vorlesungen auf der Universität hin, über den von den Fachleuten vielfach Klage geführt sei, und fragt an, ob und welche Vorschriften für die Eisenbahnverwaltungsbeamten für den Besuch dieser Vorlesungen bestehen. Sollte sich in der That ergeben haben, daß diese Vorlesungen nicht den gewünschten Erfolg haben, so müsse die Staatseisenbahnverwaltung eventuell darauf bedacht sein, bessere und wirksamere Einrichtungen in dieser Hinsicht zu treffen.

Ministerialdirektor Brefeld: Die Zahl der Vorlesungsbesucher wird nur eine verhältnißmäßig geringe sein können, weil nur wenige Personen sich dem höheren Eisenbahnfach widmen. Eine Prüfung hat die Verwaltung nicht nöthig befunden, weil das Material, welches wir bisher aus der Justiz und dem Zivildienst bezogen haben, sich als sehr brauchbar erwiesen hat.

Geheimrath Fleck: Herr Abg. Parisius hat das Verfahren der berliner Stadtbahn als nicht anständig bezeichnet. Ich weise diesen Ausdruck entschieden zurück.

Abg. Parisius: Ich habe nur gesagt, daß, wenn ein Privatmann so handelte, man das als nicht anständig bezeichnen würde. Ich habe auch noch andere Beschwerden, wie z. B. daß in der dritten Klasse keine Nichtrauchercoupés eingerichtet und daß auf einzelnen, auch größeren Stationen, keine Wartehallen vorhanden sind. Der Bahnhof Westend hat ganz wunderbare Zustände; man muß bei gewissen Zügen verschiedene steile Treppen heraus- und heruntersteigen, ehe man sich die Fahrkarten gelöst hat. Weiter besteht eine Verfügung, nach welcher in den Wagenabtheilungen nur 10 Personen Platz haben sollen. Eine Ueberfüllung soll mit Strafe bis zu 30 M. belegt werden. Der Verkehr aus der Stadtbahn aber bringt es nothwendig mit sich, daß bei gewissen Zügen, z. B. Theaterzügen, absolut mehr als 10 Personen mitfahren, und daß in allen Waggons einzelne stehen. Ich habe darüber seitens des Publikums auch nicht Klagen hören, ebensowenig wie die Beamten irgend ein Wort darüber sprechen. Deshalb sollte endlich die alte absolut nicht auszuführende Strafverfügung von den Bahnhöfen verschwinden.

Die eingetretene Fahrkartenermäßigung ist zu freudig zu begrüßen und hat wohl schon eine Vermehrung des Verkehrs zur Folge gehabt. Nun sollten aber auch die Arbeiterwochenbillets eine Ermäßigung erfahren, denn die Arbeiter benutzen eine Wochenkarte für 1 M. und dürfen nur bestimmte Züge morgens und abends je einmal benutzen, während die sonstigen Zeitkarten, welche von dem Besserstituirten gelöst werden, eine beliebige Benutzung beliebiger Züge für weniger Geld pro Tag gestatten. Der exorbitant hohe Preis der Wochenkarten müßte daher ermäßigt werden. Es sollte eben das Ziel sein, daß nicht nur die staatlichen Bergwerke, sondern auch die Eisenbahnen inbezug auf die Fürsorge für die Arbeiter Musteranstalten werden.

Abg. Brömel: Das Urtheil, welches die Eisenbahnverwaltung selbst über die Brauchbarkeit nicht fachmännisch ausgebildeter Eisenbahnbeamten fällt, kann nicht ausschlaggebend sein, da es sich um Kollegen handelt. Aus vielen gewerbtreibenden Kreisen habe ich Klagen gehört, daß in der höheren Eisenbahnverwaltung ein bureaukratischer Geist herrsche, welcher bei fachmännischer Ausbildung der Beamten nicht leicht aufkommen könnte. Ich muß daher an meinem Wunsch festhalten.

Der Titel wird bewilligt. Bei Titel 7 „Wohnungsgeldzuschüsse für Beamte" bemerkt

Abg. Brömel: In diesem Titel wird eine Sparsamkeit geübt, die nützends weniger als hier am Platze ist. Ich habe früher in Verbindung stehend eine Anfrage gestellt, wie es mit den in Aussicht gestellten Ermäßigungen stünde, zwischen der 4. und 5. Servisklasse eine Zwischenklasse einzurichten, welche einer größeren Zahl von Beamten zugute kommen sollte, welche gegenwärtig in die 5. Servisklasse eingestellt sind. Mir ist keine ausdrückliche Antwort gegeben worden, ob die Verhandlungen, welche eingeleitet sind, noch schweben oder die Regelung beschlossen ist: ich wiederhole deshalb meine Anfrage.

Geheimrath Dükers: Die eingeleiteten Verhandlungen haben bisher noch zu keinem Resultat geführt.

Der Titel wird bewilligt, desgleichen der Rest der fortdauernden Ausgaben.

Bei Titel 15 der einmaligen Ausgaben, „Ausbau der Strecke Jablonowo-Allenstein-Kobbelbude" wünscht

Abg. Krebs (Ctr.), daß die ermländischen Sekundärbahnen in Haupt- oder wenigstens in zweigeleisige Bahnen umgewandelt werden möchten.

Bei Titel 47, „Bahnhof in Aßmannshausen", bezweifelt

Abg. Dr Lotichius, daß die geplante Verlegung des Bahnhofs oberhalb Aßmannshausen aus technischen und bahnpolizeilichen Gründen nothwendig ist, und bittet, jedenfalls die Wünsche der Bewohner Aßmannshausen zu berücksichtigen und das projektirte Bahnhofsgebäude nahe an den Ort zu legen.

Geheimrath Kyll erwidert, daß eine Aufrechterhaltung der Bahnhofszustände in Aßmannshausen nicht angängig sei und eine Anlage oberhalb des Ortes geboten erscheine.

Der Titel wird bewilligt.

Abg. Brömel Auskunft über das Verhältniß der etatsmäßigen Stellen zu den diätarisch besoldeten. Die Verwaltung übe in der Besetzung etatsmäßiger Stellen zu große Sparsamkeit. So sei z. B. die Zahl der nicht etatsmäßig angestellten Civilsupernumerare zu den etatsmäßig besoldeten Betriebssekretären eine viel zu große. Die Beamtenkategorie müsse 12 bis 15 Jahre warten, ehe sie aus der unsicherern Stellung diätarisch angestellter Beamten herauskäme.

Geheimrath Dükers entgegnet, daß nicht aus Sparsamkeitsgründen außeretatsmäßige Stellen beibehalten würden, sondern lediglich, weil aus dienstlichen Gründen eine längere Zeit bis zur etatsmäßigen Anstellung vergehen müsse. Einer der Hauptgründe sei der, daß die Militäranwärter für viele Stellen das Vorrecht hätten, und daher erst immer untersucht werden müsse, ob für die in Frage kommenden Stellen berechtigte Ansprüche von Militäranwärtern vorlägen.

Abg. Brömel vermißt eine detaillirte Nachweisung der Zahl der außeretatsmäßigen Stellen.

Der Titel wird bewilligt, ebenso der Rest des Etats.

Bei der Berathung des Berichts über die Bauausführungen und Beschaffungen der Eisenbahnverwaltung in 1888/89 spricht

Abg. Berger den Wunsch aus, den Schornstein des Centralbahnhofs Köln, der durch seinen Rauch den Kölner Dom beschädige und deshalb auf Beschwerde abgetragen werde, möglichst weit aus der Nähe des Domes aufzuführen, sowie das Bahnhofsgebäude selbst entsprechend dem Dom nicht in Renaissance oder Barock, sondern in Gothik zu bauen. Ferner bedürfe der Personenbahnhof in Koblenz dringend eines Umbaues.

Geheimrath Schneider erwidert, daß der Bahnhof in Koblenz umgebaut werden würde, sobald die Rayonbeschränkungen gefallen seien.

Abg. Brömel plädirt für baldige Inangriffnahme der Erweiterung des Personenbahnhofs in Stettin, welche seit 1888 in Aussicht genommen, trotz des umfangreichen Verkehrs aber noch nicht vorgenommen sei.

Geheimrath Schneider entgegnet, daß der Grund und Boden für die Erweiterung nicht eher erworben werden könne, bis nicht die Pläne festgestellt seien.

Der Bericht wird für erledigt erklärt.

Es folgt der Etat des Finanzministeriums.

Bei Tit. 1a der Einnahmen „Hof- und Civildiener-Witwenkasse in Hannover" befürwortet

Abg. Bödiker (Centr.) eine Erhöhung der Wittwenpensionen oder Ermäßigung der Beiträge zu der Kasse mit Rücksicht auf die gegenwärtigen Theuerungsverhältnisse. Gegenwärtig werde aus der Kasse ein Ueberschuß erzielt, während s. Z. bei der Uebernahme derselben von Hannover ausdrücklich gesagt sei, daß der Staat von der Kasse keinen Vortheil ziehen wolle.

Geh. Rath Lehnert führt aus, daß die Voraussetzung nur gewesen sei, daß bei Zugrundegehen der Kasse der Staat keinen pekuniären Vortheil von derselben habe. Genaue Berechnungen hätten aber ergeben, daß der Möglichkeit eines schließlichen Ueberschusses die ebenso große Möglichkeit eines Enddefizits gegenüberstehe.

Der Titel wird bewilligt, ebenso der Rest der Einnahmen.

Es folgt Tit. 1 der fortdauernden Ausgaben „Minister."

Abg. Arendt (frk.): Man mag über die Verstaatlichung der Reichsbank denken, wie man will, ein jeder muß wenigstens zugeben, daß die Vereinheitlichung des staatlichen Notenwesens dringend wünschenswerth ist, damit der Staat allein die Vortheile von den Geldturrogaten hat. Der Staat hätte daher im vorigen Jahre vor Erneuerung des Bankgesetzes von dem Recht der Kündigung des Rechts der Notenausgabe der Privatnotenbanken Gebrauch machen sollen. Im Reich ist es aber leider dem verhängten Kapitalismus und Partikularismus gelungen, die Vereinheitlichung der deutschen Notenbanken zu hintertreiben. Das Reich hat zwar von den Einnahmen der Reichsbank einen Antheil, nicht aber die Einzelstaaten. Um so mehr hätte Preußen den nationalen Beruf gehabt, voranzugehen in der Vereinheitlichung des deutschen Notenbankwesens, um die Entscheidung im nächsten Jahrzehnt zu erleichtern. Für die Banken selbst ist das Recht der Notenausgabe ein wenig lukratives, und die preußische Regierung hätte ohne Schwierigkeit den 5 preußischen Banken kündigen können. Dann würden nur noch 8 Banken außer der Reichsbank bestanden haben, und man wäre allmälig zu einer einheitlichen centralisirten Notenbank gekommen. Zch bedauere das Unterbleiben der Kündigung, habe diese Ausführungen aber machen wollen, damit nicht nach zehn Jahren es heißt, im preußischen Abgeordnetenhause wäre die Bankfrage gar nicht zur Erörterung gekommen.

Finanzminister Dr v. Scholz: Die heutige Besprechung der Frage ist etwas verfrüht, da erst in 10 Jahren wieder die Frage zur Entscheidung kommt. Es wäre auch richtiger gewesen, die Debatte beim Handelsministerium, zu dem sie gehört, anzuknüpfen. Ich bin nicht in der Lage, näher auf die Sache einzugehen. Ich will nur der Auffassung entgegentreten, als ob wir die Kündigung übersehen hätten. Die übrigen Regierungen glaubten, es sei gut für den Verkehr, die bestehenden Banken aufrecht zu erhalten, und da wäre es nicht gerechtfertigt gewesen, wenn die preußische Regierung dazu einseitig vorgegangen wäre.

Abg. Dr. Arendt (frk.): Beim Handelsministerium konnte ich die Sache nicht zur Sprache bringen, weil gerade während der Berathung dort ein Wechsel eintrat. Ich habe die Sache darum vorgebracht, damit ein Präzedenzfall für die spätere Behandlung vorlag. — Ich bleibe bei dem Bedauern, daß eine Kündigung der Privatnotenbanken nicht eingetreten ist; das hätte sehr wohl geschehen können ohne jegliche Beeinträchtigung der anderen Staaten.

Der Titel wird bewilligt.

Bei Kap. 58 Tit. „Kassenrendanten" bringt

Abg. Belle (dfr.) das Aufrücken der Regierungssekretäre zur Sprache, deren Ascensionsverhältnisse viel zu wünschen übrig ließen. 1879 sei das System eingeführt, daß die Regierungssekretäre in der ganzen Monarchie rangirten, während jetzt das System herrsche, daß die Beamten nur in den einzelnen Bezirksregierungen rangiren. Dies System wirke aber hart und ungerecht und eine Rückkehr zu dem alten System sei dringend wünschenswerth. Auch empfehle sich die Gewährung einer Alterszulage.

Der Titel wird bewilligt. Zu Titel 10 „Bureaubedürfnisse" befürwortet

Abg. Höppner (kons.) eine Erhöhung der zur Bestreitung der Ausgaben für Schreibmaterialien usw. festgestellten Pauschsummen, besonders bei den Landräthen. Vielleicht könne das Pauschquantum überhaupt auf die Post übertragen und den Beamten portofreier Verkehr gewährt werden.

Finanzminister Dr. v. Scholz erklärt, daß er zwar überrascht sei über die Klagen, betr. die Unzulänglichkeit der Pauschalirung, keineswegs aber verlange, daß irgend ein Beamter aus seiner Tasche Porto bezahle und danach Maßregeln treffen werde. Eine Verwaltung mit der Post jedoch sei nicht angängig, weil unmöglich für einzelne Klassen solche Ausnahmezustände in der Portofreiheit geschaffen werden dürften.

Der Titel wird bewilligt, ebenso der Rest des Etats.

Nächste Sitzung Montag 11 Uhr (kleinere Vorlagen).

Schluß 2¾ Uhr.

Deutsches Reich.

Das von uns bereits gestern in kurzem Auszug mitgetheilte, vom Abgeordneten Conrad-Pleß eingebrachte Gesetz, betr. den Schutz der Landwirthschaft gegen Wildschaden lautet wörtlich:

§ 1. Der durch Schwarz-, Roth-, Elch-, Dam- oder Rehwild, wie auch durch Fasanen angerichtete Schaden an Boden, Einsaat, Bepflanzung oder Erzeugnissen ist den Nutzungsberechtigten zu ersetzen.

§ 2. Ersatzpflichtig sind der Jagdpächter, in Ermangelung eines solchen der Jagdberechtigte.

§ 3. Dem Jagdpächter oder dem Jagdberechtigten steht, falls nachgewiesen werden kann, daß der Schaden durch Wild verursacht worden ist, welches aus dem Wildstande des angrenzenden oder nächstliegenden Waldeigenthümers ausgetreten ist, der Ersatzrückgriff an diesen zu.

§ 4. Nimmt der Wildstand in einigen Bezirken so überhand, daß die Existenz der angrenzenden Landwirthe durch Wildschaden überhaupt gefährdet wird, so ist der Waldeigenthümer, in dessen Revier das in § 1 genannte Wild sich aufhält, verpflichtet, dasselbe einzugattern. Fasanen sind abzumindern.

§ 5. Kommt der Waldeigenthümer seiner Verpflichtung in betreff der Eingatterung und der Abminderung der Fasanen nicht nach, so ist die Aufsichtsbehörde verpflichtet, alle Schritte zu ergreifen, welche eine Abminderung des Wildes herbeiführen; insbesondere muß sie den Jagdpächter und den Beschädigten selbst zum Abschuß auch während der Schonzeit ermächtigen, und zwar so lange bis das Wild abgeschossen ist. Das erlegte Wild können die letzteren in ihrem Nutzen verwenden. Die Ermächtigung vertritt die Stelle des Jagdscheins.

§ 6. Die Anmeldung des Wildschadens erfolgt bei der Orts-Polizeibehörde sofort, spätestens aber innerhalb des nächtfolgenden Tages, nachdem der Beschädigte von dem Wildschaden Kenntniß erhalten hat.

§ 7. Die Orts-Polizeibehörde hat sich vom angemeldeten Wildschaden unter Zuziehung der Parteien zu überzeugen und eine gütliche Einigung unter den Betheiligten zu versuchen. Im Falle der Nichteinigung erfolgt dann die Abschätzung des Streitschadens durch Sachverständige, wozu der Beschädigte und der zur Entschädigung Verpflichtete je einen Sachverständigen zu ernennen hat. Im Streitfalle ernennt die Aufsichtsbehörde einen Obmann.

§ 8. Wollen sich die Betheiligten mit der Abschätzung des Schadenersatzes durch Sachverständige nicht zufrieden erklären, so steht denselben die Klage im Verwaltungs-Streitverfahren offen.

§ 9. Erfolgt zwischen dem Beschädigten und dem Ersatzpflichtigen eine Einigung vor den Sachverständigen, so sind diese auf Verlangen der Parteien verpflichtet, den Vergleich schriftlich aufzunehmen.

Dieses Gesetz tritt mit dem 1. Juli d. J. in Kraft.

Die „Lib. Korresp." erhielt von einem kleinen Grundbesitzer in Ostpreußen folgende Zuschrift:

Geehrter Herr!

Wir stehen kurz vor den Wahlen, und fangen die landräthlichen Zangen an, ihre Schuldigkeit zu thun. Die ländliche

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-18900211028/fragment/page=0001

Bevölkerung seufzt unter dem Drucke bitterster Noth und läßt apathisch alles über sich ergehen — sie hat zur Regierung kein Vertrauen mehr, und wäre der Zeitpunkt gekommen, eine durchgreifende Schwenkung zum Liberalismus durchzuführen, wenn der kleine Grundbesitz sich emanzipiren könnte und er die Kraft hätte, sich von dem Drucke der Kreisbehörden, die in ihrer Majorität stets aus dem Großgrundbesitze bestehen, zu befreien. Der Großgrundbesitzer zehrt den kleineren Besitzer auf und nimmt Zeiten, wie sie heute sind, wahr, um die Arbeitskraft und den Fleiß des letzteren in unverantwortlicher Weise auszunutzen. Der kleinere Besitzer muß alles verkaufen, was er hat, und hilft ihm der Großgrundbesitzer wohlwollend, indem er ihm sein Vieh zu Spottpreisen abkauft, um es zu mästen und 100—150 Proz. daran zu verdienen. Der Nothstand ist in Ostpreußen groß, sehr groß und wird er leider von den Behörden todt geschwiegen, bis das traurige Gespenst gänzlicher Verarmung des kleinen Grundbesitzes zum Vorschein kommen wird. In Lyck und Neidenburg haben die Kleingrundbesitzer petitionirt und um Hilfe gebeten — aber vergebens, denn — die Herren Landräthe wünschen in ihren Kreisen keinen Nothstand. Im Namen tausender des kleinen Grundbesitzes Ostpreußens bitte ich Sie und Ihre Freunde, treten Sie für den kleinen Grundbesitz ein und befreien Sie ihn von dem Drucke des großen Grundbesitzes.

Aehnliche Zuschriften, bemerkt dazu die „Lib. Korresp.", sind den Mitgliedern der freisinnigen Partei in großer Zahl zugegangen und mit lebhafter Befriedigung begrüßt worden als ein Zeichen, daß es endlich auch im Osten anfängt zu tagen.

---

* In einem Artikel über die Erlasse des deutschen Kaisers bemerkt das pariser „Journal des Debats," dieselben seien eines der bedeutendsten Ereignisse in der ökonomischen Geschichte der Jetztzeit. Nichts berechtige dazu, in denselben nur vorübergehende, durch Umstände eingeflößte Demonstrationen zu sehen, sie seien vielmehr die logische Entwickelung des von Deutschland begonnenen Systems der Behandlung der sozialen Frage. Gegenüber der Idee einer internationalen Konferenz über die Arbeitsfrage verhält sich das Blatt skeptisch.

---

* **Dresden**, 8. Febr. Die Königin ist noch immer krank, verbringt jedoch einen Theil des Tages außerhalb des Bettes. Die Kräfte heben zwar nur langsam wieder, doch ist das Allgemeinbefinden wesentlich besser.

Zu den Wahlen.

Liberale Wähler-Versammlung.

* Könnern, 9. Febr.

Die heute nachmittag im Saale des „Café National" abgehaltene liberale Wählerversammlung war überaus zahlreich besucht, sodaß der geräumige Saal bis auf den letzten Platz gefüllt war und sehr viele der Anwesenden keinen Sitzplatz finden konnten.

Die Versammlung wurde kurz nach 3 Uhr durch Hrn. Rentner Keil-Halle mit einigen einleitenden Worten eröffnet; hierauf ergriff Hr. Kaufm. Richter-Halle das Wort, um in nahezu einstündiger Rede das Programm der freisinnigen Partei zu entwickeln. Die Entscheidung, welche wir am 20. Febr. zu treffen haben, so führte der Redner ungefähr aus, ist eine der wichtigsten, vor welche wir seit Gründung des Deutschen Reichs gestellt sind, und infolge der Vereinbarung mit den anderen Parteien bezw. des Drucks gleicher Wahlzettel ist es jedermann möglich, frei und unbeeinflußt seine Stimme abzugeben. Die Kartellmajorität, das „Angstprodukt" von 1887, besteht aus ganz verschiedenartigen Elementen. Und was hat diese Kartellmajorität uns gebracht? Eine Unmenge neuer Steuern, die auf die Schultern der ärmeren Klassen angewälzt sind. Opfer für die Machtstellung des Deutschen Reiches müssen wir bringen, aber die Liberalen haben allezeit gestrebt, dieselben möglichst zu beschränken, wenigstens das Ueberflüssige zu beseitigen. Wir verwahren uns gegen den Vorwurf, daß wir vaterlandslos denken und handeln könnten; wir sehen in jedem Deutschen einen Mitkämpfer für Recht und Freiheit. Seit den beiden kaiserlichen Erlassen ist im politischen Leben eine tiefgreifende Wendung eingetreten. Se. Maj. der Kaiser hat offen anerkannt, daß in den Verhältnissen der arbeitenden Klassen eine tiefgreifende Aenderung eintreten wird und muß, daß eine Organisation der Arbeiter eine Nothwendigkeit ist. Vor 6 Wochen hätte keiner von uns geglaubt, daß derartiges geschehen würde. M. H., wir wollen nicht deuteln, nicht sagen, es sei Wahlfurcht; wir nehmen an, daß unser Kaiser, wie er schon der Bergarbeiter-Deputation gesagt hat, ein Herz hat für die Arbeiter. Der ganze Streit in den nächsten 5 Jahren dreht sich darum, wie auf ruhigem und gesetzlichem Wege die sozialen Verhältnisse zu ordnen sind. Auf diesem Wege werden wir unsern Kaiser zu unterstützen haben. (Beifall.) Aber diese Stützen sind nicht seine jetzigen Räthe, sind nicht die Kartellparteien, sondern die wahren Freunde des Volkes, die mit ihm leben, die aus ihm hervorgegangen sind, und nur darauf haben wir unsere Kandidaten anzusehen. — Die Vertheilung der Steuern ist es vor allen Dingen, über die wir Freisinnigen Klage zu führen haben. Die jetzige Wirthschaftspolitik trennt die Völker in unnatürlicher Weise und vertheuert die nothwendigsten Bedürfnisse. Diese Politik verträgt sich mit den Intentionen, wie sie unser Kaiser in seinen Erlassen aufgestellt hat, nicht, sie muß also fallen. — Vor 3 Jahren wollten die Nationalliberalen ihren Liberalismus im „nationalen" Interesse zurückstellen — aber auch diesmal haben sie das Kartell erneuert; sie tagen hinter verschlossenen Thüren, weil sie sich ihrer exklusiven Stellung wohl bewußt sind; wir dagegen wenden uns vertrauensvoll an das Volk, wir brauchen die Oeffentlichkeit nicht zu scheuen. Hier bietet man uns nun einen angeblich „liberalen" Kandidaten an — aber ist das eine Volksvertretung, ist das eine Partei, die hier einen Stöcker, dort einen Landrath, dort einen angeblichen „Liberalen" aufstellen will? Das ist kein ehrlicher Kampf, das ist ein gekartetes Spiel, daher fort mit dem Kartell, das muß unsere Parole sein. Die Interessenpolitik muß aufhören; wir wollen alles einsetzen, die Verhältnisse so zu gestalten, daß ein wohnlicher Zustand in dem großen Hause für jeden geschaffen wird, das man Deutsches Reich nennt. Dazu haben wir eine kräftige Waffe, und das ist unser Wahlrecht. Wir bringen Ihnen unseren altbewährten Abgeordneten Dr. Alexander Meyer wieder. Vor 9 Jahren hat man überall gesagt, die „Fortschrittsleute" sind so schwach, sie müssen unterliegen, und dasselbe Spiel wiederholt sich jetzt wieder. Mag das Geschick des 20. Febr. ausfallen, wie es will, ein Kartellkandidat wird in unserem Wahlkreise nicht gewählt. Das Kartell hat damals proklamirt: wir werden an den verfassungsmäßigen Rechten des Volkes nicht rütteln, aber das erste, was die Herren thaten, war, daß sie die Legislaturperiode von 3 auf 5 Jahre verlängerten. Was nun unsere Gegner nach links, die Sozialdemokraten betrifft, so stellen diese Forderungen auf, die ich als Liberaler zu einem großen Theile für berechtigt anerkenne, aber die auf den Umsturz der bestehenden Ordnung hinzielenden Bestrebungen erachte ich als ein Hirngespenst. Wir brauchen den Arbeitgeber und den Arbeitnehmer, aber in brüderlichem, freundschaftlichen Verhältnisse. Der Arbeiter muß die Aussicht haben, vorwärts zu kommen, um aus einem Arbeitnehmer auch ein Arbeitgeber werden zu können. Gleiches Recht für alle, dieser liberale Gedanke muß das ganze Volk durchdringen. Fürchten wir am Wahltage keine Person, geben wir nach freier Entschließung unsere Stimme ab, dann kann das Resultat nicht zweifelhaft sein. Sie alle kennen die tiefe Sachkenntniß unseres Abgeordneten, und jeder liberale Wahlkreis würde es sich zur höchsten Ehre anrechnen, einen solchen Abgeordneten zu besitzen. Hier mal haben Sie uns geholfen, stehen Sie auch zum fünften male zu uns. Der liberale Gedanke in dieser Form wird es möglich machen, die Ideen des kaiserl. Erlasses durchzuführen, und dazu dient uns die nächste Reichstagswahl; helfen Sie dazu, daß dieses Ziel erreicht wird. (Lebhafter Beifall.)

In der Diskussion ergriff Hr. Mittag-Halle das Wort. Er erkannte zunächst an, daß in den Ausführungen des Hrn. Referenten vieles beachtenswerthe enthalten sei, insbesondere unterschreibe er die Forderung, einen Abgeordneten zu wählen, der die Bedürfnisse des Volkes kenne und der ein festes, klares Programm habe. Der freisinnige Kandidat aber stehe auf durchaus nicht sozialistischem Boden und in dieser Beziehung stehe er (Redner) der freisinnigen Partei diametral entgegen; die freisinnige Partei sei eine kapitalistische Partei wie jede andere, sie sei daher für ihn eine reaktionäre Masse, ebenso wie das Kartell. (Widerspruch.) Wenn der Sozialdemokrat in die Stichwahl komme, so sei es sehr zweifelhaft, ob nicht die freisinnige Partei schließlich für den Kartell-Kandidaten eintreten werde. Das sei unzweifelhaft, die Kartellparteien sind das größte Uebel, das wir in Deutschland je gehabt haben, und das sei seine Frage, das Kartell müsse bekämpft werden auf jeden Fall. Aber auch die freisinnige Partei sei keineswegs, wie der Hr. Referent behauptet, „eins mit dem Volke," denn sie schütze den wirthschaftlichen Schwachen nicht gegen den wirthschaftlichen Starken; in den Militärforderungen und bei der Steuererhöhung habe sie der Regierung theilweise nachgegeben. Nur die sozialdemokratische Partei habe bisher für den Arbeiterschutz gearbeitet, sie sei zwar in der Minorität und werde auch diesmal noch in Minorität bleiben, aber das solle und müsse anders werden.

Während dem sozialdemokratischen Redner seitens des liberalen Wahlcomites die weitgehendste Redefreiheit eingeräumt worden war — seine fast dreiviertelstündige Rede bestand aus einer Reihe maßloser Angriffe und Schmähungen gegen die freisinnige Partei — versuchten seine Parteigenossen die Ausführungen des folgenden Redners, des Hrn. Kfm. Richter-Halle, durch Lärmen und Zwischenrufe zu übertönen. Hr. Richter wies gegenüber den Forderungen des Hrn. Mittag zunächst darauf hin, daß nur durch das Koalitionsrecht die Lage der Arbeiter wesentlich verbessert werden könne, und für dieses Recht sei die freisinnige Partei allezeit mit der größten Entschiedenheit eingetreten. Der freisinnige Kandidat, Hr. Dr Alexander Meyer, stehe in der Mitte zwischen dem Freihandelssystem und einem gemäßigsten Schutz- bezw. Einzahlsystem. Entweder sei die Behauptung des Hrn. Mittag, daß Hr. Dr Alexander Meyer zu den „Reaktionären" zu rechnen sei, nicht richtig, oder es sei nicht wahr, was der Vorredner behauptet, daß die Sozialdemokraten 1887 für Hrn. Dr Alexander Meyer eingetreten seien, denn es sei nicht anzunehmen, daß die Sozialdemokraten im Jahre 1887 einem „Reaktionär" ihre Stimme gegeben hätten. Eins von beiden müsse also ausscheiden. Nur für die Arbeiter habe der Hr. Vorredner „gleiche Rechte und gleiche Pflichten" verlangt — aber ohne das Kapital sei der sozialdemokratische „Zukunftsstaat" am allerwenigsten durchzuführen. Er werde sich durch Ausdrücke, wie „Heuchler", „Schmarotzer", wie sie von sozialdemokratischer Seite gefallen, nicht zu ähnlichen Schmähungen hinreißen lassen — aber diese gehässige Kampfesweise müsse er auf das allerschärfste verurtheilen. Daß die freisinnige Partei nicht „reaktionär" sei, beweise schon der Kampf, der von der rechten Seite gegen sie geführt werde. Alles, was nicht recht, was nicht schön sei, werde von seiten der Kartellparteien ebenso wie von seiten der Sozialdemokraten den bösen Freisinnigen in die Schuhe geschoben — aber der Liberalismus werde auch diesmal siegreich aus der Krisis hervorgehen. Unter den jetzigen Verhältnissen müsse unsere Militärmacht auf ihrem Bestande bleiben, denn das Nationalvermögen, nicht das Vermögen des Einzelnen, müsse geschützt werden, und da sei mit der sog. „Volkswehr" nichts auszurichten. Jeder einzelne dürfe und solle dahin wirken, auf gesetzlichem Wege seine Lage zu verbessern — dafür sei die freisinnige Partei stets eingetreten. Hr. Krüger habe vor 8 Tagen im „Prinz Karl" gesagt, er gebe auf die jetzigen sozialpolitischen Gesetze keinen Pfifferling — und jetzt mache Hr. Mittag den Freisinnigen einen Vorwurf daraus, daß sie bei Berathung des Invaliditätsgesetzes gegen den Staatszuschuß von 50 Millionen gestimmt haben, während auch die sozialdemokratische Partei gegen das ganze Gesetz gestimmt habe — und das sei doch noch weniger als „ein Pfifferling". (Bravo!) Ich hoffe, so schloß der Redner, daß das deutsche Volk so weit fortschritten wird, um das Vaterland frei zu machen zum Wohle der Allgemeinheit; darum am Tage der Wahl furchtlos und beharrlich vorwärts für eine freie Wahl, zum Siege unseres liberalen Kandidaten, des Hrn. Dr Alexander Meyer! (Lebhafter Beifall.)

Mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf den Kaiser schloß Hr. Keil hierauf kurz nach 5 Uhr die Versammlung.

*

Fast um dieselbe Zeit wie die Liberalen hielten in Könnern die Kartellparteien im „Schützenhause" eine Versammlung ab. Die Kartellversammlungen unseres Wahlkreises gleichen sich wie ein Ei dem anderen: Hr. Dr Keil hält seine Kandidatenrede, die Vorstände der drei „nationalen" Parteien geben die feierliche Erklärung ab, daß sie mit Hrn. Keil sehr zufrieden sind — dann wird die Versammlung geschlossen. Eine Diskussion wird nirgends gestattet. Das war auch der Verlauf der Versammlung in Könnern und wir hätten daher eigentlich keine Veranlassung, speziell über diese Versammlung zu berichten, wenn nicht Hr. Prof. Dr Friedberg eine bemerkenswerthe Rede gehalten hätte. Die Wahlreden, die Hr. Prof. Friedberg für den Kartellkandidaten hält, bestehen in der Regel aus zwei Theilen: im ersten Theile dankt er den beiden anderen „Ordnungsparteien", daß sie die Freundlichkeit haben wollen, für seinen Parteigenossen Keil einzutreten, im zweiten und größeren Theile seiner Reden pflegt er in möglichst scharfen Ausdrücken gegen die freisinnige Partei zu polemisiren. Auch die Könnern'sche Rede des Hrn. Prof. Friedberg war nach diesem Muster gearbeitet; was sie aber von seinen früheren Wahlreden sehr unvortheilhaft unterschied, das war die geradezu maßlose Heftigkeit, mit der der Redner gegen die freisinnige Partei und speziell gegen unseren bisherigen Abg. Dr Alexander Meyer zu Felde zog. Ausdrücke und Redewendungen, wie sie Hr. Friedberg gestern gebrauchte, hatte man bisher höchstens in sozialdemokratischen Versammlungen vernommen und wir machen dem Hrn. Professor unser Kompliment, daß er seinen oratorischen Kollegen unter den Arbeitern eine so wirksame Konkurrenz machte. Allein glücklicherweise thut es dieses unparlamentarische, wider Anstand und gute Sitte verstoßende Scheinwerfen nicht allein und die liberalen Wähler werden am 20. Febr. Hrn. Professor Friedberg mit der Wahl des Abgeordneten Dr Alexander Meyer die einzig richtige Antwort auf seine taktlosen Auslassungen geben. — Eine Diskussion wurde selbstverständlich nicht gestattet. Die Versammlung wurde um 6 Uhr mit einem Hoch auf den Kaiser geschlossen.

Halle, den 10. Februar.

Handelskammer zu Halle

Gesammtsitzung vom 14. Jan.

Nach dem soeben erst erschienenen Protokoll über die Sitzung erfolgte in derselben zunächst die Einführung der neugewählten Mitglieder. Die nach Ablauf ihrer dreijährigen Amtszeit mit Ende 1889 aus der Handelskammer ausgeschiedenen Mitglieder, Herren Stadtrath Ernst-Halle, Mühlenbesitzer Jung-Halle, Sägewerksbesitzer Müller-Halle, Kommerzienrath Stecker-Halle, Direktor Mann-Naumburg, Thonröhrenfabrikant Pilz-Bitterfeld, Maschinenfabrikant Menzel-Eilenburg und Kaufmann Schulze-Delitzsch sind sämmtlich wiedergewählt; anstelle des freiwillig ausgeschiedenen Hrn. Bode-Halle ist Hr. Direktor Kuhlow-Halle neu in die Handelskammer berufen. Des ferneren gedachte der Vorsitzende des schmerzlichen Verlustes, welchen die Handelskammer durch das vor kurzem innerhalb weniger Tage erfolgte Ableben der Mitglieder Fabrikbesitzer Kuntze und Bergrath Bischof erlitten. Der Hr. Vorsitzende widmete den Heimgegangenen Worte hoher Anerkennung für ihr erfolgreiches Wirken auf den von ihnen besonders gepflegten Gebieten: der Landwirthschaft und landwirthschaftlichen Industrie bezw. des Kohlenbergbaues.

Hiernach erfolgte die Konstituirung der Handelskammer.

Der mittels Stimmzettels vorgenommene Wahlakt ergab die Wiederwahl des Hrn. Kommerzienraths Bethcke zum Vorsitzenden und des Hrn. Jung zu dessen Stellvertreter.

Dieselben nahmen die Wiederwahl dankend an.

Den dritten Gegenstand bildete die Wahl der Kommissionen.

Zu Revisoren zur Prüfung der Jahresrechnung wurden die Herren Müller und Hofmeister erwählt.

In Feststellung des Etats für 1890 wurde die Ausschreibung eines Zuschlages zu der Gewerbesteuer von 7 Proz. beschlossen. Die Summe der Einnahmen betrage 15.302.58 M. gegen 13.350 M. im Vorjahre. Die Ausgaben sind in gleicher Höhe bemessen.

Nachdem die Kammer sich somit neu konstituirt, erhält Hr. Direktor Reinicke vor der weiteren Verfolgung der Tagesordnung das Wort zu einer Mittheilung über die Ermittelungen der Monats-Durchschnittspreise für Gerste an das Kaiserliche Statistische Amt in Berlin, an welches bisher rechnungsmäßig die Mittelzahlen der hiesigen Börsennotirungen berichtet worden seien. Dieses hätte zur Folge gehabt, daß z. B. die halleschen Preise gegenüber den magdeburger stets ungefähr 10 M. niedriger angegeben worden wären, obwohl thatsächlich hierselbst höher gehandelt worden sei als in Magdeburg. Da nun der Hauptumsatz in den hohen Preislagen sich vollziehe, so möchte künftig nicht der Mittelpreis, sondern 3/4 der Differenz zwischen niedrigstem und höchstem Preise als Durchschnittspreis genommen werden, was eine zutreffende Notirung ergebe. Hr. Dr Wermert betont, daß man die magdeburger Gerstenpreise überhaupt nicht mit den hiesigen vergleichen könne, da Magdeburg einen ganz andern Standard habe. In Halle werde Braugerste, d. h. Chevalier- und gute Landgerste notirt, während Magdeburg nur die Preise für Chevalergerste angebe, aus welchem Grunde es stets zu einer höheren Preislage gelange, weil es die niedrigen Sorten, wie es hier geschehe, nicht mit in den Preis einschließe. Wenn man hierselbst den Standard ändern wollte und nur Chevalergerste notire, so würde man zu denselben oder noch höheren Preislagen wie in Magdeburg kommen. Ohne einen Beschluß der Handelskammer sei es aber nicht möglich, einen Antrag auf Abänderung der Notirungen an das kaiserl. Statistische Amt zu richten.

Die Angelegenheit wird schließlich an die Handelskommission zur Berathung und Berichterstattung verwiesen.

Antrag des Deutschen Handelstages über die Aufnahme des Wasserrechts in das Bürgerliche Gesetzbuch.

Die Handelskammer Soraw hat den Antrag an den Deutschen Handelstag gerichtet, doch dafür einzutreten, daß das Wasserrecht mit in das Bürgerliche Gesetzbuch aufgenommen werde. Der Deutsche Handelstag ersucht um Meinungsäußerung hierüber. Der Berichterstatter empfiehlt die Ablehnung des Antrages der Sorauer Handelskammer und Annahme folgender Resolution:

Die Handelskammer kann zwar ein einheitliches Deutsches Wasserrecht für sehr erstrebenswerth, doch ist sie nach eingehender Berathung zu der Ueberzeugung gelangt, die Schaffung eines solchen ist gegenwärtig ohne die entsprechenden umfangreichen Vorarbeiten eine Unmöglichkeit. Auch würden durch eine einheitliche schematische Regelung viele der Betheiligten mehr geschädigt werden, als es unter den bestehenden Verhältnissen der Fall ist.

Die Handelskammer beschließt deshalb, sich dem Antrage der Handelskammer in Sorau nicht anzuschließen und die Aufnahme des Wasserrechts in den Entwurf des Bürgerlichen Gesetzbuches beim Deutschen Handelstage nicht zu befürworten, welche die Zustimmung der Versammlung erhielt.

Einführung einer einheitlichen Zeit im deutschen Eisenbahndienste.

Das Ergebniß der Verhandlungen faßt Hr. Kommerzienrath Bethcke in folgende Resolution zusammen, welcher die Kammer ihre Zustimmung ertheilt:

Die Handelskammer erklärt, daß durch die gegenwärtig in Geltung befindliche Zeitbestimmung auf den von ihr zu vertretenden wirthschaftlichen Gebieten Mängel sich nicht gezeigt haben und daß sie es deshalb nicht als ihre Aufgabe ansehen kann, der Eisenbahnverwaltung Vorschläge zu einer Aenderung der bestehenden Verhältnisse zu machen, aus welchen Gründen von der Unterstützung der Bewegung für die Einführung einer Normalzeit abgesehen werden muß.

Anträge, den Rhein-Weser-Elbe-Kanal betreffend:

Die Kammer giebt ihre Meinung dahin zu erkennen, daß der Bau des Rhein-Weser-Elbe-Kanals zwar überwiegende Vortheile für einen Theil Nordwestdeutschlands und speziell für den Steinkohlenbergbau der westlichen Provinzen, die um den Kanal gelegenen Gegenden und besonders für die Städte Hannover, Bremen, Magdeburg, Hamburg und Berlin, dagegen nur unwesentliche Vortheile für die Provinz Sachsen (vielleicht für die weiteren Meliorationsarbeiten in Drömling) und die nördliche Flußschiffahrt im Gefolge haben wird. Für den Handelskammerbezirk Halle a. S. sind die Vortheile so verschwindend, dagegen die Nachtheile, welche besonders die hierselbst hoch entwickelte Braunkohlenindustrie durch den betreffenden Kanal erleiden wird, als so erheblich zu betrachten, daß die Handelskammer sich nicht entschließen kann, den Bau des Kanals auf Staatskosten zu befürworten. — Da nämlich die Vortheile des Kanals für einen bestimmten Distrikt sich als ungewöhnlich groß darstellen, so kann nur empfohlen werden, daß von diesem der größere Theil der Kosten zu dem Baue des Kanals getragen wird. Deshalb erklärt die Kammer sich entschieden dagegen, die bezüglichen Kosten aus den Ueberschüssen der Eisenbahneinnahmen zu bestreiten, weil dadurch eine Erniedrigung der Eisenbahntarife auf absehbare Zeit zur Unmöglichkeit gemacht würde.

Mittheilung vom königl. Ministerium für Handel und Gewerbe über die Gefahren beim Verladen von Steinkohlen auf Kauffahrteischiffen.

Im Auftrage des Reichsamtes des Innern ist eine Broschüre erschienen, betitelt: „Steinkohlenladungen in Kauffahrteischiffen, gemeinfaßliche Darstellung ihrer Gefahren und der Mittel zu deren Verhütung," welche der Handelskammer vom königlichen Ministerium für Handel und Gewerbe mit der Anheimgabe übersandt worden ist, die Aufmerksamkeit weiterer Kreise darauf hinzulenken. Da es sich im Grunde genommen nur um Seeschiffe handelt, kann der hiesige Bezirk kein großes Interesse an dieser Veröffentlichung haben. — Die Steinkohle birgt zwei Gefahren in sich, die der Selbstentzündung und diejenige der Begünstigung von Explosionen.

Dem Vorsitzenden erscheint es angebracht, einen redaktionellen Hinweis über die Broschüre zu veröffentlichen, um dem Verlangen des königlichen Ministeriums, die Aufmerksamkeit der betheiligten Kreise darauf hinzulenken, zu entsprechen. Die Versammlung beschließt in diesem Sinne.

Antrag, die direkte Eisenbahnlinie Kassel-Köln betreffend.

Der Referent Hr. Reinicke erinnert daran, daß die Kammer sich schon vor etwa einem halben Jahre mit dem gedachten Projekte befaßt habe. Damals habe man die Erklärung abgegeben, daß man dem Plane sympathisch gegenüberstehe, aber vor der Hand, da die nöthigen Unterlagen noch fehlten, sich mit dieser Frage noch nicht eingehend befassen könne. Inzwischen seien dieselben nun eingegangen. Ein Ausschuß in Kassel habe Ermittelungen und Berechnungen aufgestellt über die Führung der Bahnlinie, die Ausführbarkeit des Baues, die Höhe des zu erwartenden Personen- und Güterverkehrs, Verzinsung des Auf-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-18900211028/fragment/page=0002

lagekapitals und über die muthmaßliche Höhe desselben. Das Ergebniß aller dieser Untersuchungen sei die Erkenntniß, daß die betreffende Linie ausführbar und auch rentabel sein würde. Erhebliche Terrainschwierigkeiten seien nur auf etwa ¼ der Länge zwischen Fredeburg und Corbach zu überwinden. Die Abkürzung der Strecke zwischen Kassel und Köln sei eine bedeutende. Was den hiesigen Bezirk anbelange, so sei die Linie Halle-Kassel seit 20 Jahren im Betriebe, es fehle ihr jedoch die direkte Fortsetzung Kassel-Köln. Damit würde eine große Durchgangslinie geschaffen werden, welche auch für Schlesien von Bedeutung sei. Das Ministerium der öffentlichen Arbeiten sei dem Bau dieser Bahn als Vollbahn abgeneigt, auch wolle dasselbe einer Privatgesellschaft keine Konzession ertheilen. Dem Mangel an Bahnen in jenem Gebiete soll durch den Bau mehrerer Bahnen untergeordneter Bedeutung abgeholfen werden. Dieses sei jedoch namentlich im Hinblick auf die hiesigen Interessen nicht zu befürworten. Vielmehr möge man den Bau der Bahn als einer Vollbahn antreuen. Das Comite habe erklärt, daß der Bau der Bahn etwa 53 Mill. M. kosten werde und bitet den Hrn. Minister, diese auf Staatskosten herstellen zu wollen. Falls dies nicht angängig, möchte einer Privatgesellschaft die Konzession ertheilt werden. Die Verkehrskommission der hiesigen Handelskammer habe die Angelegenheit in der Sitzung vom 11. Jan. d. J berathen und beschlossen, der Kammer zu empfehlen, für den Bau einer Vollbahn Kassel-Köln einzutreten und hierzu eine direkte Eingabe an den Hrn. Minister der öffentlichen Arbeiten zu richten.

Es wurde beschlossen:

1. Die Angelegenheit des Baues einer direkten Vollbahn Kassel-Köln an die Verkehrskommission zur nochmaligen Berathung zurückzuweisen;

2. bei den betheiligten Handelskammern zu Kassel, Köln und Altona Erkundigungen einzuziehen, welche Stellung sie ihrerseits zu dem Projekte und den Anträgen des Ausschusses zu Kassel eingenommen hätten und das eingegangene Material der Verkehrskommission zu unterbreiten.

Mittheilung über die Schiffahrtsverhältnisse auf der Saale im herzoglich anhaltischen Gebiete.

Hr. Dr. Wermert berichtet darüber, daß im Sommer des verflossenen Jahres Beschwerden an die Handelskammer über die mißlichen Verhältnisse der Saale auf herzoglich anhaltischem Gebiete gelangt seien, durch welche der Schiffahrt nicht unbedeutende Hemmnisse und Hindernisse bereitet würden. Der Vorstand der Handelskammer habe diese Beschwerden geprüft und zur Berathung an die Verkehrskommission verwiesen, welche in ihrer Sitzung vom 7. Okt. v. J. beschlossen habe, der Handelskammer zu empfehlen, an die zuständige Stelle eine Eingabe in dieser Angelegenheit zu richten. In einem Berichte an den Regierungspräsidenten Herrn v. Diest zu Merseburg habe nunmehr die Handelskammer darauf hingewiesen, daß die für die Schiffahrt auf der Saale mißlichen Verhältnisse innerhalb der Grenzen Anhalts im besonderen in drei Punkten bestünden: in der Beschaffenheit der Buhnengrube bei Bernburg, in dem Zustande der Bernburger Schleuse und in der Gestaltung der sog. Löswitzer Ecke zu Aderstedt bei Bernburg.

Was die Fahrrinne in der Buhnengrube anbetrifft, so finde dortselbst eine starke Versandung statt. Diese Stelle habe die geringste Tiefe der Saale und die Schiffer seien im letzten Sommer bei dem niedrigen Wasserstande fast immer genöthigt gewesen, dort abzuleichtern. Das Gleiche sei auch in der Bernburger Schleuse der Fall, deren Drempel etwa 30 cm höher lägen, als die Normaltiefe der Saale betrage. Die Löswitzer Ecke anlangend, so mache die Saale daselbst eine so scharfe Biegung, daß es unmöglich sei, einen Kettenschleppzug ungetrennt um dieselbe zu befördern. Nachdem die Handelskammer diese Beschwerden für begründet befunden und um Abhilfe der genannten Uebelstände gebeten, habe sie noch des weiteren betreffs des Saale-Verkehrs darauf hingewiesen, daß der Umschlagsverkehr in Wallwitzhafen sich fortwährend gesteigert, die Verladungen zu Thal in Halle dagegen eine stetige Abnahme gezeigt hätten, da dieselben in der Gegenwart fast nur noch für Zucker in Anwendung kämen. Da man aber sich mit der Absicht trage, Halle zu einem Umschlagsplatze in größerem Stile zu erheben, so sei es außerordentlich wünschenswerth, daß auf anhaltischem Gebiete eine umfassende Korrektur der Saale zur Durchführung gelange, damit Halle auch bei geringerem Wasserstande als Endpunkt für die große Flußschiffahrt von den Elb- und Saalekähnen mit einer Tragfähigkeit von mindestens 6000 Centnern bequem erreicht werden könne.

Der Regierungspräsident Herr v. Diest hat hierauf unterm 2. Januar d. J. eine Verfügung an die Handelskammer gerichtet, welche Referent in vollem Wortlaute verles't und aus welcher hier angeführt werden mag, daß derselbe eine Anfrage bezüglich der angeführten Schiffahrtsmängel an die herzoglich anhaltische Regierung gerichtet habe, ob und welche Maßregeln dieselbe zur Behebung der Schiffahrtshindernisse zu treffen gedenke, worauf die anhaltische Regierung unterm Dezember v. J. erwidert habe, daß sie bereits Anordnungen getroffen, um den Beschwerden Abhilfe zu verschaffen. Die Fahrrinne in der sog. Buhnengrube sei durch Baggerung gehörig freigelegt worden und etwa wiederauftretende Verlandungen sollten im nächsten Frühjahre beseitigt werden. Dazu werde die Niedrigerlegung des unteren Drempels der Bernburger Schleuse im kommenden Etatsjahre beabsichtigt, sofern die hierfür beantragten Geldmittel bewilligt würden. Auch werde der Durchstich an der Löswitzer Ecke vorbereitet. Die demnächstige Abstellung dieser Schiffahrtshindernisse sei daher für die nächste Zeit zu erwarten.

Die Versammlung nahm ohne weitere Erörterung von dem Berichte Kenntniß.

Gerichtsverhandlungen.

* Halle, 10. Febr. Schwurgerichtssitzung vom Sonnabend. Gerichtshof: Hr. Landgerichtsdirektor Reuter, Vorsitzender; Hr. Landrichter Dr. Bourwieg und Hr. Gerichts-Assessor Roth, Besitzer. Die kgl. Staatsanwaltschaft ist vertreten durch Hrn. Gerichts-Assessor Klotzsch. Gerichtsschreiber: Hr. Referendar Wohlfahrt. Zur Verhandlung stand eine Anklage wegen vorsätzlicher Körperverletzung mit tödtlichem Erfolge, Verbrechen bezw. Vergehen gegen §§ 226, 223, 223a Str.-G.-B. Als Angeklagter erschien der 24jährige Maurer Bernhard Karl Mund aus Brumrode bei Hettstedt, bisher nicht bestraft. Die gegen ihn erhobene Beschuldigung lautete dahin, daß er am 25. Juli v. J. auf der Eckarishütte bei Leimbach bezw. Mansfeld den Maurer Schreiber aus Ritterode vorsätzlich körperlich mißhandelt und zwar mittels gefährlichen Werkzeuges sowie derart, daß durch die Körperverletzung der Tod des Verletzten verursacht worden. Ueber den bezüglichen Vorgang ist folgendes ermittelt: Der Angeklagte hat an erwähntem Tage nebst anderen Maurern an genanntem Orte gearbeitet und ist während der Frühstückszeit mit dem Maurer Schreiber in Wortwechsel gerathen, als die Rede auf Soldaten und Faschinenmesser gekommen. Schreiber, der das Gespräch zwischen Mund und einigen anderen Maurern mitangehört, hat hierbei zu dem Maurer Brumbin geäußert: „Nimm dir doch mit Mund nicht die Mühe, mit dem dummen Jungen" — was Mund zu einer entsprechenden Entgegnung veranlaßte, worauf der Wortwechsel zwischen den beiden noch bei der Arbeit fortgesetzt worden. Auf Schreibers Aeußerung zu Mund: „Du bist ein dummer Junge in meinen Augen" — hat Mund erwidert: „Du bist der dümmste Mensch auf der Welt" — und nun ist die rasche That geschehen, die so bedauerliche Folgen gehabt. Schreiber, der beim Mauern am Maschinenfundament etwa 70 cm tiefer gestanden als Mund, ist auf diesen losgegangen und hat ihn mit einer Hand vorn an der Weste gefaßt, während er mit der anderen Hand höher gegriffen; ob nun der zweite Griff ausgeführt worden, konnte nicht ganz bestimmt festgestellt werden, da Zeugen nur gesehen, daß Mund auch seinerseits mit einer Hand seinen Gegner Schreiber gefaßt und ihn sogleich mit einem Maurerhammer einen Schlag auf den Kopf versetzt hatte. Der Getroffene ist rückwärts gegen eine Mauer gewankt, wobei ihm das aus der erhaltenen Wunde emporgespritzte Blut am Kopfe heruntergelaufen. Er hat sich aber wieder aufzurichten vermocht und ist nachhause gegangen, nachdem er sich auf des Poliers Geheiß das Blut etwas hatte abwischen lassen. Zuerst ist der Verletzte von Hrn. Dr. Freigang in Hettstedt ärztlich behandelt, dann aber ins Knappschaftskrankenhaus nach Hettstedt gebracht worden, wo er am 9. Sept. gestorben. Er war 21 Jahre alt und unverheirathet. Der Angeklagte räumte ein, das Schimpfwort: „dummer Mensch" gebraucht, auch jenen Schlag mit dem Hammer ausgeführt und die Absicht, seinen Gegner zu schlagen, gehabt zu haben; er müsse sich aber für unschuldig bekennen, da er in Rothwehr gewesen, nachdem er von Schreiber zuerst geschimpft und ebenfalls zuerst angegriffen worden sei; Schreiber habe ihm die Weste zugekreht, sodaß er, Mund, „keine Luft gekriegt." Die Zeugen, Maurer Buchmann, Brumbin und Ecke, bekundeten den Vorgang nach ihren Wahrnehmungen, die mit dem angegebenen Sachverhalt übereinstimmen. Ermittelt wurde noch, daß Schreiber ein gutmüthiger Mensch gewesen, und daß er öfter von Mund geneckt, gehänselt worden, wie an fraglichem Unglückstage beim Frühstück. Als unrichtig ergab sich die Behauptung des Angeklagten, daß Schreiber auf Mund losgesprungen und nach dem erhaltenen Schlage nochmals in solcher Weise auf seinen Gegner zu einem Angriff übergegangen sei; Schreiber hat, als er sich wieder erhoben, nur zu Mund geäußert: „Das merke dir, Bürschen" — während ihm Mund seine zuvor geäußerte Drohung: „Wenn du herkommst, schlage ich dir mit dem Hammer vor den Kopf" — nochmals mit den Worten zugerufen: „Kommst du noch einmal, dann kriegst du noch eins." Der Maurer Freitag als Zeuge wußte nur vom Hörensagen, daß öfter Hänseleien zwischen Mund und Schreiber vorgekommen; ein Schläger von Profession sei der Angeklagte aber nicht. Von den Sachverständigen gab zuerst Hr. Dr Freigang sein Gutachten über den Befund der Verletzung Schreibers ab, wonach eine 8 cm große Wunde über dessen linkem Scheitelbein vorgefunden worden mit stumpfen Rändern und gequetscht; die Verletzung hat sich als Einbruch des Schädelknochens, als komplizirter Schädelbruch herausgestellt und ist antiseptisch behandelt, worauf nach 5—6 Tagen, als eine Verschlimmerung im Schreibers Zustand eingetreten, dessen Ueberführung ins Krankenhaus zu Hettstedt angeordnet worden. Ueber die Krankheitserscheinungen daselbst äußerte sich Hr. Dr Hildebrandt-Hettstedt, daß eiterige Durchsetzungen infolge von Entzündungen verschiedener Körpertheile bei Schreiber gefunden worden, Pneumonie im linken Thorax und bereits eingetretene Pyämie, sodaß eine Rettung des Verletzten nicht mehr möglich gewesen. Die Stelle des Schlages hat eine in 3 Theile zerbrochene Eindrückung des Schädelknochens aufgewiesen; Gehirn und Hirnhaut sind aber intakt (unverletzt) gewesen. An Pyämie ist Schreiber dann am 9. Sept. verstorben und dieselbe wäre entstanden durch den Umstand, daß einige Haare lange mit der Wunde in Berührung geblieben, wie sich bei der im Krankenhause vorgenommenen Operation (Trepanation) ergeben. Wäre letztere gleich zu Anfang der ärztlichen Behandlung geschehen, so hätte ohne Zweifel der Tod des Verletzten abgewendet werden können. Als dritter Sachverständiger hatte Hr. Kreiswundarzt Dr Meyer-Hettstedt sein Gutachten über die am 5. Okt. stattgehabte Obduktion des Verstorbenen, den Befund darüber und über die Todesursache abzugeben, wodurch die schon erwähnte Pyämie (eine durch Verschleppung von Eiter im Körper entstehende Form von Blutvergiftung) bestätigt wurde. Der Tod sei aber nicht als direkte Folge jener Verletzung anzusehen, da noch Heilung möglich gewesen. An den Haaren hätten sich infektiöse Stoffe gefunden, die den Tod verursacht haben könnten. Man könne zugeben, daß der Tod nicht eingetreten wäre, wenn man sogleich anfangs die Trepanation angewendet hätte; möglich wäre da vielleicht die Meinung, aber doch nicht mit Sicherheit zu erwarten gewesen, da doch bereits Infektionsstoffe in die Wunde und ins Blut eingedrungen hätten sein können. Bei der spätern Operation (Trepanation) sei sogar noch ein Härchen übrig gelassen, das sich bei der Obduktion gefunden; also eine absolute Sicherheit lasse sich in jener Beziehung nicht annehmen; die Möglichkeit sei nicht ausgeschlossen, daß der Tod bei rechtzeitiger Trepanation doch eintreten könne. Hr. Dr Hildebrandt, auf diesen Widerspruch aufmerksam gemacht, blieb bei seiner Erklärung mit dem Bemerken, daß aufgrund seiner vielfachen praktischen Erfahrungen primäre Resektionen des Schädels stets gefahrlos verlaufen und daß, wenn vorliegendenfalls sofort die Trepanation vorgenommen, die Hirnhaut antiseptisch überspült und aus der Wunde alles Ungehörige entfernt worden, auch die Heilung sicher möglich gewesen wäre. Hiergegen erklärte Hr. Dr Meyer, daß wohl ein günstiger Erfolg möglich, aber ebenso das Gegentheil hätte eintreten können; letzteres sei feineswegs bestimmt ausgeschlossen, da man gehört, daß doch bei der späteren Trepanation ein Härchen zurückgeblieben; ein solches könne sehr wohl Blutvergiftung veranlassen. Ferner habe der Verkorkene Anlage zu Blutvergiftungen gehabt, was auf die Möglichkeit ungünstigen Erfolgs von Einfluß habe werden können. Ob der Schlag mit dem stumpfen oder scharfen Ende des Hammers geführt worden, blieb streitig; ein Gutachten nahm ersteres, das andere letzteres an mit Hinweis darauf, daß der Schlag zunächst auf Schreibers Mütze getroffen. Der vierte Sachverständige Hr. Dr Körner-Hettstedt schloß sich als zweiter Obducent dem Gutachten des Hrn. Dr Meyer an und führte nur noch an, daß er ungünstige Ausgänge von Trepanationen aus Erfahrung kenne; eine Verpflichtung des ersten Arztes Hrn. Dr Freigang, daß derselbe sofort zur Trepanation habe schreiten müssen, könne vorliegendenfalls nicht angenommen werden. Es wurde die Schuldfrage auf vorsätzliche Körperverletzung gestellt unter den erschwerenden Umständen a. „ob mittels gefährlichen Werkzeugs verübt?", b. „ob die Körperverletzung derart gewesen, daß dadurch der Tod des Verletzten verursacht worden?" — und dann im Fall Bejahung der ersten Frage eine Frage nach mildernden Umständen. Die kgl. Staatsanwaltschaft kam in ausführlicher Erörterung des Falles, worin der Kausalzusammenhang des Todes des Verletzten mit erwähnter Körperverletzung nachgewiesen bezw. bejahtet wurde, zu dem Ergebniß, daß die Schuldfrage voll zu bejahen sein würde, da Rothwehr, wie der Angeklagte angegeben, auf dessen Seite nicht vorgelegen; jedenfalls sei er beim Schlagen mit gefährlichem Werkzeug weit über die Grenzen der Vertheidigung hinausgegangen, ohne hierzu durch Bestürzung, Furcht oder Schrecken veranlaßt worden zu sein. Mildernde Umstände würden aber zu bewilligen sein, da noch andere Ursachen beim Tode Schreibers mitgewirkt, wie z. B. dessen Disposition zu Blutvergiftung. Der Vertheidiger Hr. Rechtsanwalt Dr Kühne hob hervor, daß der Angeklagte zuerst von Schreiber gereizt worden, sonst hätte er denselben gar nicht geschlagen; auch stehe dem Angeklagten die unrichtige ärztliche Behandlung des Verletzten als mildernd zur Seite. Es sei auch der Kausalzusammenhang zwischen der Verletzung und dem Tode Schreibers sehr fraglich, da es doch zweifelhaft scheine, daß der Tod durch die Verletzung verursacht worden. Wo aber, wie hier, Zweifel über solchen Punkt herrschten, müßte die Frage zugunsten des Angeklagten beantwortet werden. In Rothwehr habe sich selbiger jedenfalls befunden, da er in Bestürzung zur Abwehr eines rechtswidrigen und gegenwärtigen Angriffs geschritten, was nach § 53 als Ueberschreitung der Rothwehr straflos, weshalb zur Freisprechung des Angeklagten zu bitten. Man könne sehr wohl annehmen, daß Schreiber selbst schuld an seinem Tode gewesen, da er, ein größerer und stärkerer Mann als der kleine Angeklagte, denselben gereizt habe. Die Geschworenen sprachen nach einviertelstündiger Berathung das Schuldig unter Annahme mildernder Umstände aus; der Strafantrag lautete auf 1 Jahr Gefängniß, das Urtheil auf 6 Monate solcher Strafe, wobei die bisherige Unbescholtenheit des Angeklagten und daß er der Gereizte gewesen, zu seinen Gunsten angenommen worden. Verhaftet gewesen war er jetzt nicht und konnte sich nachhause begeben.

Die zweite Sache, Sittlichkeitsverbrechen, führte, wie schon mitgetheilt, zur Freisprechung des Angeklagten.

Provinzial-Nachrichten.

+ Nordhausen, 7. Febr. Unser städtisches Museum hat in der letzten Zeit eine ganze Reihe nennenswerther Zuwendungen erhalten. Zunächst ist in dieser Beziehung das Ergebniß der Ausgrabungen zu verzeichnen, welche der Konservator, Hr. Stadtverordneter Arnold, auf seine Kosten im Herbst vorigen Jahres abermals in unserer Umgegend veranstaltet hat. Eine große Menge von Gegenständen der verschiedensten Art ist dabei aufgefunden worden, sodaß unser Museum auf diesem Gebiete immer reichhaltiger wird. Alsdann erhielt der Büchervorrath des Museums eine bedeutende Verstärkung und zwar durch Zuwendung der reichen philologisch-archäologischen Büchersammlung des am 19. Juni v. J. in Berlin verstorbenen bekannten Archäologen und Architekten Professor Dr C. G. B. Boettcher, eines gebornen Nordhäusers seitens der Wittwe des Verstorbenen. Zu den Büchern zählt u. a. auch Boettichers durchschossenes Handexemplar des Vitruv mit jahrelichen erklärenden Anmerkungen. Sodann wurde dem Museum ein reicher Bücherfund zugewendet, den man vor kurzem in einem Seitenraume der Kirche St. Blasii gemacht. Es befindet sich hierunter u. a. ein ziemlich vollständiges Exemplar der acta eruditorium, also ebenfalls ein höchst werthvoller Zuwachs. Leider drängen sich die gesammelten Schätze in den jetzigen Museumsräumen im Erdgeschosse der Volksschule immer mehr zusammen, doch steht dem Museum in seiner für Mitte nächsten Jahres beabsichtigten Uebersiedlung in einen Theil des jetzigen Gymnasialgebäudes auch nach dieser Richtung hin eine gute Zukunft bevor.

△ Aus dem Bitterfelder Kreise, 8. Febr. Der Gymnasiallehrer Hr. Dr Teetz in Bremerhafen war vom Magistrat zu Bitterfeld zum Rektor der dortigen Knaben- und Mädchenmittelschule gewählt worden. Nachdem derselbe unter Bedingungen angenommen hatte, hat er dieser Tage die Berufung abgelehnt, weil der Magistrat zu Bremerhafen ihm nicht nur entsprechende Gehaltserhöhung, sondern auch seine Beförderung zum Oberlehrer zugesichert hat.

△ Schkeuditz, 7. Febr. Am Dienstag in der 10. Abendstunde schlichen sich drei jugendliche Diebe, zwei Schulknaben und ein der Schule kaum Entwachener, in das Nische Cigarrengeschäft hier und entwendeten aus der Kasse ein Täschchen mit 260 M. Der Verdacht lenkte sich bald auf jene Burschen, und als die Polizei sie zuhause nicht antraf, wurden sie gesucht. Um Mitternacht gelang es, den Aeltesten festzunehmen. Es fand sich bei ihm ein Betrag von 106 M. vor. Die beiden anderen fanden die Polizei am anderen Morgen in einer Feldscheune mit dem Reste des gestohlenen Gutes.

□ Querfurt, 8. Febr. Unter den Rindviehbeständen der Landwirthe Rühlemann in Calzendorf und Ruppert in Großosterhausen ist die Maul- und Klauenseuche ausgebrochen. — Die dritte allgemeine Geflügel-Ausstellung des Geflügelzuchtvereins Querfurt findet vom 15.—17. März hier statt.

K. Erfurt, 9. Febr. Am Eisrechen der Mühle zu Mittelhausen, in der sog. „schmalen Gera" wurde die einem Eisklumpen gleichende Leiche eines neugeborenen Kindes gefunden.

— Dem Ausschusse für Errichtung eines Kaiser Wilhelm-Denkmals auf dem Kyffhäuser ist auf sein Ansuchen die Nachricht zugegangen, daß Fürst Günther von Schwarzburg-Rudolstadt, der jetzige Landesherr des Kyffhäusers, mit Genehmigung des Kaisers anstelle des verstorbenen Fürsten Georg das Protektorat über das Denkmal-Unternehmen übernommen hat. Bei seiner kürzlichen Anwesenheit in der Reichshauptstadt hatte Se. Durchl. in Vertretung des Ausschusses den Vorsitzenden desselben, Hrn. Oberst z. D. v. Elpons, und den Schriftführer Hrn. Dr. Westphal, empfangen und sich in eingehendster Weise nach dem Stande der Sache erkundigt.

— Der Berg-Assessor Jahns ist zum Berg-Inspektor bei dem Steinsalzbergwerk zu Stadfurt ernannt.

— Dem evangelischen Pastor Kirchner zu Hohendorf bei Neu-Gattersleben im Kreise Kalbe ist der Rothe Adler-Orden vierter Klasse, dem städtischen Feldwachtmeister Gerhard Förster zu Quedlinburg das Allgemeine Ehrenzeichen verliehen.

— Der in Erfurt verstorbene Appellationsgerichtsrath Senff hat, wie sich bei Eröffnung des Testaments nach dem kürzlich erfolgten Tode seiner Ehefrau ergeben hat, seiner Vaterstadt Kösen ein Legat von 2000 Thalern vermacht.

+ Gera, 9. Febr. Nachdem vor 2 Jahren durch den hiesigen Verschönerungsverein an dem vielbegangenen schönen Spazierweg über den Hamberg ein „Bismarckstein" — Steinpyramide mit einem in diese eingelassenen großen Bronzemedaillon des Fürsten Reichskanzlers und entsprechender Anlage rundum — errichtet worden ist, soll gegenwärtig seitens der Stadt an einem der schönsten Punkte des Stadtwaldes, an dem man eine prächtige Aus- und Rundsicht haben wird, ein Aussichtsthurm von 21 m Höhe mit massivem Unterbau und Holzkonstruktion errichtet werden. Die Anlage soll entweder „Kaiser Wilhelmshöhe" oder „Kaiser Friedrichshöhe" benannt werden. — Heute, morgen und übermorgen findet hier eine Geflügelausstellung statt.

— Die Stadtpolizei zu Leisnig in Sachsen forderte sämmtliche dortige Gast- und Schankwirthe auf, binnen acht Tagen nicht nur die Bierpreise, sondern auch die Preise sämmtlicher von ihnen hergestellter Speisen bei der Behörde anzuzeigen. Die Wirthe sollen an die der Polizei angegebenen Preise so lange gebunden sein, bis eine Abänderung derselben von der Polizei bescheinigt sei.

Vermischtes.

[Das große Grubenunglück in der Llanerch-Zeche in Monmouthshire in Wales] ist, nach neueren Mittheilungen, wiederum dem unvorsichtigen Gebrauche unbeschützter Leuchter zuzuschreiben. In dem Corts-Slope genannten fast 1000 Yards langen Schachte waren 5 Arbeiter beschäftigt, einen neuen Gang einzuschlagen, als plötzlich aus einer Spalte Gase hervordrangen, die sich, da die Leute offene Lampen trugen, sofort entzündeten. Die Ventilation in dem Gange galt bisher als so vorzüglich, daß man alle Vorsichtsmaßregeln entbehren zu können glaubte. Der Schacht wurde von Fachleuten als Musterschacht betrachtet. Die Rettungsarbeiten sind unermüdlich fortgesetzt worden. Bis 5 Uhr am Freitag morgen waren etwa 100 Leichen ans Tageslicht gefördert worden, sodaß noch etwa 40 übrig blieben. Da die Ventilation wieder hergestellt war, ging die Arbeit schnell von statten. Jede Schicht der Rettungsmannschaften arbeitete 6 Stunden. 14 von den aufgefundenen todten Bergleuten sind nicht verbrannt, sondern erstickt. Alle anderen Leichen aber waren so stark versengt, daß sie kaum erkenntlich waren. Von einer Familie sind der Vater und 5 Söhne todt. An einer Stelle lagen Vater und 2 Söhne als Leichen neben einander. Besonders viele Kinder sind bei dem Unglück umgekommen. Einer oder zwei sind kaum 13 Jahre alt. Die Scenen, welche sich am Eingang des Bergwerks abspielten, als die Todten hinaufgeschafft wurden, waren herzzerreißend. Einige Leichen waren durch die Gewalt der Explosion in so viele Stücke zerrissen, daß sie in Säcke gethan werden mußten. Vielen fehlten einige Gliedmaßen. Die Ingenieure der Nachbarzechen leisten wacker Hilfe bei den Rettungsarbeiten. Die Hinterbliebenen der Verunglückten werden aus dem Hilfsfonds der Bergleute von Süd-Wales hinreichende Unterstützungsgelder erhalten. Der Direktor des Bergwerks, Morgan, befand sich zur Zeit der Katastrophe selbst in der Tiefe, aber in einem anderen Theile der Zeche, welcher nicht stark mitgenommen wurde.

[Ueber den vermißten Dampfer „Erin",] welcher vor 40 Tagen von London nach New-York abfuhr, hat auch die am Mittwoch von Madeira eingetroffene Post keine Kunde ge-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-18900211028/fragment/page=0003

bracht. Man hatte sich bisher der Hoffnung hingegeben, daß der Maschine ein Unfall zugestoßen und das Schiff daher nach den Azoren gelegelt sei. Fahrgäste befinden sich nicht auf dem „Erin". Die Besatzung zählt einschließlich der Wiedertreiber 70 Köpfe.

— [Ein gräßliches Unglück] ereignete sich am Freitag mittag in Barmen auf dem Hauptbahnhofe. Ein an Fallsucht leidender Commis der Volksbank befand sich beim Einfahren eines Zuges auf dem Bahnsteige in unmittelbarer Nähe der Schienen. Bei dem Herannahen des Zuges fing er an zu taumeln und fiel auf das Geleise. Die derselben Augenblick die Stelle passirende Lokomotive zerriß den Unglücklichen in gräßlicher Weise.

— [Unglück auf dem Eise.] Nach einer Meldung aus Münster sind in Warendorf am 8. d. fünf 10 bis 12jährige Kinder beim Schlittschuhlaufen durchgebrochen; vier sind ertrunken.

— [Im glücklichen Städtchen Klingenberg in Baiern] wurden vor einigen Tagen aus der Ortskasse 30,000 M. an die Bürger vertheilt, so daß auf jeden derselben 134 M. 50 Pf. kommen; ferner erhielt jeder drei Klafter Holz unentgeltlich. Eine Million Mark ist als Reserve angelegt. Gemeinde-Umlagen werden dort nicht bezahlt.

— [„Einer unserer besseren Dichter."] In der Voss. Z. vom 27. Dez. 1789 wird ein in Kupfer gestochener Neujahrswunsch „Der Guckkasten-Mann" empfohlen, dem folgendes Gedicht „eines unserer besseren Dichter" beigegeben ist:

„Zum neuen Jahr schau jedermann
Ein lehrreich Bild aus meinem Kasten,
Das Bild von unserm Leben an! —
Der Leidenschaft ganz hingegeben,
Trabt alle Welt, dort, linker Hand,
Nach Aemtern, Titel, Stern und Band,
Nach Geld, nach Putz, nach andern Tand.
Ihr ganzes Thun ist ein unsel'ges Streben!
Nur Wen'ge, rechts, versteh'n das Leben
Zu brauchen, wie man's brauchen muß —
Zur Freundschaft, zum Naturgenuß
Und zu der Lust, die Wissenschaften geben!
Wer von den letztern ist fürwahr,
Dem wird gewiß ein frohes Leben
Ohn' allen Wunsch zum neuen Jahr!"

Wie ein gelehrter Forscher dem Geschichtsverein mittheilt, ist der „bessere Dichter" — Friedrich Schiller!

— [Elektrische Beleuchtung.] In Köln nahmen die Stadtverordneten den Antrag der Deputation für die Gas- und Wasserwerke an, eine elektrische Beleuchtungsstation für die Altstadt nach dem Wechselstrom-System zu errichten. Der Verpflichtung zu jährlich 500 Brennstunden soll den Abonnenten das Licht zu 4½ St. pro Glühlampe und Stunde gekürzt werden. Für die Anlage wird zunächst eine Summe von 1,85 Mill. aufgewendet werden.

— [Im Militär-Wochenblatt] erläßt eine Maskenverleihgarderobe eine Bekanntmachung, in welcher sie ihre Kostüme, von den einfachsten bis zu den elegantesten, „den höchsten Herrschaften leihweise zur Benutzung" empfiehlt. Es wird sicherlich dort als ein besonderes Zugeständniß empfunden werden, daß die „Preise solide" sind.

— [Die evangelische Garnisonkirche in Spandau,] mit deren Bau vor drei Jahren begonnen wurde, ist jetzt fertiggestellt. Im März soll die Einweihung der Kirche stattfinden; zu dem festlichen Akt wird der Kaiser in Spandau erwartet.

— [Massenhinrichtung.] In Peking wurden kürzlich 40 Verbrecher, darunter 14 Todeskandidaten, ihrer Strafe entgegengeführt. In Roth gekleidet, die Hände auf dem Rücken zusammengebunden, am Halse mit einer schweren, eisernen Kette versehen, so sah man diese Unglücklichen, die zu je dreien auf Karren placirt, an der Richtstätte des Thores von Sinan anlangen. Neun derselben waren zum Köpfen, fünf zum Hängen, die übrigen zum Zuschauen bei diesem Schreckensakte und zu lebenslänglicher Zwangsarbeit verurtheilt worden. Diese Bestimmung des Herrschers von China wurde von dem kaiserlichen Kommissar auf der Richtstätte laut verlesen. Jetzt wurden die neun zur Enthauptung Verurtheilten an den zur Hinrichtung bestimmten Platz geführt, hier wurden sie entkleidet, und ein jeder mußte einen 2 Fuß tiefen Graben aushöhlen. Die Sitte will es, daß diejenigen Verurtheilten, deren Familien jenes Terrain bezahlen, in diesen Gräbern beerdigt werden; die Leichname der übrigen überläßt man den Raben zur Speise. In wenigen Minuten hatte der Henker und seine Gehilfen das Schreckenswerk an den 14 Unglücklichen vollendet, welche nun, das Gesicht zur Erde gekehrt, ausgestreckt, und mit Zetteln versehen wurden, die Namen und Vergehen jedes Betreffenden enthielten.

Handels-, Verkehrs- und Börsen-Nachrichten.

* Berlin, 8. Febr. In der Vorstandssitzung des Deutschen Walzwerks-Verbandes wurde die von den einzelnen Gruppen bereits im Vorwonat beschlossene Preisstellung von 210 M. für das gemeinschaftliche Gebiet bestätigt und festgestellt, daß alle Werke auf Monate hinaus reichlich mit Beschäftigung versehen sind.

** Berlin, 8. Febr. In der heutigen Sitzung des Aufsichtsraths der Internationalen Bank in Berlin wurde die Bilanz für das abgelaufene Geschäftsjahr vorgelegt. Dieselbe schließt mit einem Rohgewinn von 4,384,778.56 M. einschl. des Gewinnvortrags von 449,444.79 M. ab. Hiervon entfallen 1,124,425.79 M. auf das Zinsenkonto, 136,185.85 M. auf das Wechselkonto, 1,208,725.97 M. auf Provisionskonto, 1,496,396.89 M. auf Konsortial- und Effektenkonto. Von dem Gewinn gelangen die Verwaltungskosten, Steuern und Rückstellungen im Gesammtbetrage von 625,711.72 M. in Abzug. Die Bilanz auf Ende 1889 stellt sich wie folgt:

Aktiva.

Kassenbestand	2,065,483.76 M.
Wechselbestände	2,539,624.92 „
Report-Effekten	24,388,291.69 „
Eigene Effekten	7,156,654.25 „
Syndikatsbetheiligungen	2,981,268.25 „
Kuponskonto	294,952.69 „
Baulichkeitskonto	1,936,003.55 „
Debitoren	22,177,132.63 „

wovon ca. 2 Millionen Guthaben bei Bankiers, 18½ Millionen durch Depot gedeckte Kredite und ca. 1,900,000 M. ungedeckte (einschl. der Acceptkredite).

Passiva.

Aktienkapital	24,000,000.00 M.
Kreditoren	23,494,971.78 „
Acceptkontonto	7,576,250.39 „
wovon Rimessenkonto	240,169.54 „
Hypothekenkonto	500,000.00 „
Gesetzlicher Reservefonds	23,655.00 „
Reingewinn	3,455,068.84 „

Auf den Antrag des Vorstandes setzte der Aufsichtsrath, vorbehaltlich der Genehmigung der Generalversammlung, die Dividende für das Aktienkapital von 36 Millionen Mark auf 90 M. für die Aktie fest, entsprechend einem Ertrागniß von 8 Proz. für die Zeit seit dem 15. Nov. 1888, dem Tage der Geschäftseröffnung, und beschloß 850,000 M. zu einem Spezialreservefonds zurückzulegen, sodann einstimmig der satzungsmäßigen Ausstattung des gesetzlichen Reservefonds mit 156,241.10 M. der Betrag von 1,640,241.30 M. aus den vorjährigen Erträgnissen für Rücklagen verwendet ist. Der nach Abzug der Tantièmen verbleibende Restbetrag von 35,555.29 M. soll auf neue Rechnung vorgetragen werden. Gleichzeitig wurde auf Antrag der Direktion beschlossen, mit Rücksicht auf den fortdauernd wachsenden Geschäftsverkehr, aus welchem sich bereits im vergangenen Jahre ein Jahresumsatz von über 1 Milliarden Mark auf einer Seite des Hauptbuches ergeben hat, das Grundkapital um 26 Millionen Mark zu erhöhen. Die neuen Aktien werden zum Kurse von 117½ Proz. durch ein unter Führung des Bankhauses Born & Busse gebildetes Syndikat übernommen, welches sich verpflichtet hat, die Hälfte des Betrages mit 16 Millionen Mark zum gleichen Kurse den Aktionären anzubieten, sodaß auf je zwei alte Aktien eine neue zur Verfügung gestellt wird.

** Berlin, 8. Febr. Heute fand eine Sitzung des Aufsichtsraths des Westfälischen Gruben-Vereins statt, in welcher die Bilanz für das verflossene Rechnungsjahr zur Vorlage gelangte. Aus dem nach Deckung von Zinsen, Generalunkosten und Abschreibungen verbliebenen Reingewinn wurde, entsprechend der Revision der Bilanz, die Vertheilung einer Dividende von 3 Proz. auf das Vorzugsaktien-Kapital von Rom. 8,977,600 M. zum ausmachenden Betrage von 269,310 M. in Aussicht genommen. Die von der Gesellschaft im abgelaufenen Jahre getragene Steuern, Knappschaftsgefälle und Beiträge zur Unfallversicherung betragen 310,948.64 M.

Waaren- und Produktenberichte.

Getreide.

* Berlin, 8. Febr. Weizen (mit Ausschluß von Rauhweizen) per 1000 kg Loco matt. Termine wenig verändert. Gekündigt —,— t. Kündigungspreis —,— M. Loco 150—200 M. nach Qualität. Lieferungsqualität 197 M., per diesen Monat —,—, per April-Mai 201,5—201—,5 bez., per Mai-Juni und per Juni-Juli 199 bez., per Juli-Aug. —,—, per Aug.-Sept. —,—, per Sept.-Okt. —,—.

Roggen per 1000 kg. Loco still. Termine schließen fest. Gekündigt —,— t. Kündigungspreis —,— M. Loco 172—180 M. nach Qualität. Lieferungsqualität 176 M., per diesen Monat —,—, per Febr.-März —,—, per März-April —,—, per April-Mai 172,25—172—173,172,75 bez., per Mai-Juni 171,75—,5—172,25 bez., per Juni-Juli 171—,75 bez., per Juli-Aug. —,—, per Sept.-Okt. —,—.

Gerste per 1000 kg. Matt. Große und kleine 142—210 M. nach Qualität. Futtergerste 143—155 M.

Hafer per 1000 kg. Loco behauptet. Termine matter. Gekündigt — t. Kündigungspreis —,— M. Loco 163—180 M. nach Qualität. Lieferungsqualität 168 M., pommerscher mittel bis guter 168—174, feiner 175—179 ab Bahn bez., per diesen Monat —,—, per April-Mai 164,25—164—,25 bez., per Mai-Juni 163,75—,25 bez., per Juni-Juli 163,5 bez., per Juli-Aug. —bez., per Sept.-Okt. 149,25 bez.

* Magdeburg, 8. Febr. (Gebr. Friedeberg.) Landweizen 192—195 M., Weißweizen —,— M., glatter engl. Weizen 180—187 M., Rauhweizen 176 bis 184 M., Roggen 175—182 M., Chevaliergerste 204—216 M., Landgerste 190—200 M., Hafer 168—176 M. per 1000 kg.

* Nordhausen, 8. Febr. (Amtl.) Weizen 18,80—20,20, Roggen 18,30—18,80, Gerste 18,00—20,00, Hafer 15,50—16,50 M.

* Leipzig, 8. Febr. Weizen per 1000 kg netto loco inländischer 180—202 M. bez. u. B., do. ausländ. 215—220 M. nom. Mett. Roggen per 1000 kg netto loco inländ. 165—168 M. bez. u. Br., ausländ. 179—183 M. bez. u. Br. Rnhg. Gerste per 1000 kg netto Brangerste 200—215 M. bez. u. Br. Feinste über Notiz, Malz- und Futterwaare 140—145 M. bez. u. Br. Hafer per 1000 kg netto loco inländischer 170—173 M. bez.

* Hamburg, 8. Febr. Weizen loco ruhig, holsteinischer loco neuer 186 bis 200. Roggen loco ruhig, mecklenburgischer loco neuer 178—186, russischer loco ruhig, 123—126. Hafer ruhig. Gerste ruhig.

* Stettin, 8. Febr. Weizen still, loco 185/0—195,00, do. per April-Mai 194,50, do. per Juni-Juli 196,50. Roggen matt, loco 168,00—175,00, do. per April-Mai 170,00, do. per Juni-Juli 169,50. Pommerscher Hafer loco 158—165.

* Breslau, 8. Febr. Roggen per Febr. 176,00, per April-Mai 176,00, per Mai-Juni 178,00.

* Wien, 8. Febr. Weizen per Frühjahr 8,83 Gd., 8,85 Br., per Herbst 8,07 Gd., 8,09 Br. Roggen per Frühjahr 6,42 Gd., 6,44 Br., per Mai-Juni — Gd., — Br. Hafer per Frühjahr 8,03 Gd., 8,05 Br., per Herbst 6,25 Gd., 6,30 Br.

* Pest, 8. Febr. (Telegr.) Weizen loco behauptet, per Frühjahr 8,39 Gd., 8,41 Br., per Herbst 1890 7,70 Gd., 7,72 Br. Hafer per Frühjahr 7,60 Gd., 7,62 Br.

* Paris, 8. Febr., Anfangsbericht. (Telegr.) Weizen ruhig, per Febr. 24,25, per März 24,25, per März-Juni 24,25, per Mai-Aug. 24,10. Roggen ruhig, per Febr. 16,10, per Mai-Aug. 16,25.

* Paris, 8. Febr., nachm., Schlußbericht. (Telegr.) Weizen ruhig, per Febr. 24,25, per März 24,20, per März-Juni 24,30, per Mai-Aug. 24,25. Roggen ruhig, per Febr. 16,10, per Mai-Aug. 16,25.

* Antwerpen, 8. Febr. (Telegr.) Weizen behauptet. Roggen ruhig. Hafer unverändert. Gerste fest gehalten.

* Amsterdam, 8. Febr. (Telegr.) Weizen per März 201, per Mai 205. Roggen per März 145 à 144 à 145, per Mai 146 à 147, per Okt. 139.

* New-York, 8. Febr. (Telegr.) Rother Winterweizen loco 86⅞/8. Weizen per Febr. 84⅞/8, per März 85⅞/8, per Mai 86⅞/8.

* New-York, 8. Febr. (Telegr.) Anfangsnotirungen. Weizen per Mai 86⅞/8.

Zucker.

Magdeburger Börse.

I. Preise für greifbare Waare.

A. Mit Verbrauchssteuer.

	7. Febr.		8. Febr.	
fein Brodraffinade	—,—	M.	27,25—27,75	M.
fein Brodraffinade	—,—	„	—,—	„
Gem. Raffinade II.	—,—	„	25,75—26,50	„
Gem. Melis I.	—,—	„	24,75—25,00	„
Krystallzucker I.	—,—	„	26,25—26,50	„
Krystallzucker II.	—,—	„	—,—	„

Tendenz am 8. Febr. vormittags 11 Uhr: Fest.

B. Ohne Verbrauchssteuer.

	7. Febr.		8. Febr.	
Granulirter Zucker	—,—	M.	—,—	M.
Kornz. Rend. 92%	—,—	„	16,10—16,35	„
„ 88%	—,—	„	15,90—15,50	„
Nachpr. „ 75%	—,—	„	11,20—12,60	„

Tendenz am 8. Febr. vormittags 11 Uhr: Stramm.

II. Termintpreise für Rohzucker I. Produkt; abzüglich Steuervergütung.

a. frei auf Speicher Magdeburg.

Rottjoß.

Febr.	11,77½ Br., 11,72½ Gd.	Juli	12,40 Br.
März	11,90 bez., 11,95 Br., 11,92½ G.	Aug.	12,50 Br., 12,40 G.
April	12,05 bez., 12,07½ Br., 12,02½ G.	Okt.	—,—
Mai	12,15 bez., 12,17½ Br., 12,12½ G.	Okt.-Dez.	12,40 Br., 12,20 G.
Juni	12,27½ Br., 12,22½ G.	Tendenz:	Behauptet.

Die Aeltesten der Kaufmannschaft.

Liquidationspreise am 8. Febr., abends 6 Uhr.

	frei auf Speicher Magdeburg	frei an Bord Hamburg		frei auf Speicher Magdeburg	frei an Bord Hamburg
Februar	11,50	11,80 M.	August	12,20	M. 12,50
März	11,70	12,00	September	—,—	—,—
April	11,80	12,10	Oktober	12,00	12,30
Mai	11,90	12,20	November	12,00	12,30
Juni	12,02	12,32	Dezember	12,00	12,30
Juli	12,12½	12,42½			

Zuckerliquidationskasse.

* Hamburg, 8. Febr. (Vormittagsbericht.) Rübenrohzucker I. Produkt Basis 88% Rendement, neue Usance, frei an Bord Hamburg per Febr. 11,77½, per März 12,00, per Mai 12,25, per Aug. 12,55. Fest.

* Hamburg, 8. Febr. (Nachmittagsbericht.) Rübenrohzucker I. Produkt, Basis 88% Rendement, neue Usance, frei an Bord Hamburg, per Febr. 11,75, per März 11,97½, per Mai 12,25, per Aug. 12,57½. Stetig.

* Paris, 8. Febr. Anfangsber. (Telegr.) Rohzucker 88% ruhig, loco 29,00. Weißer Zucker fest, Nr. 3 per 100 kg per Febr. 33,75, per März 33,80, per März-Juni 34,30, per Mai-Aug. 35,00.

* Paris, 8. Febr. Schlußber. (Telegr.) Rohzucker 88% ruhig, loco 29,00. Weißer Zucker behauptet, Nr. 3 per 100 kg per Febr. 33,75, per März 34,00, per März-Juni 34,30, per Mai-Aug. 35,00.

* London, 8. Febr. (Telegr.) 96% Javazucker 13½ ruhig. Rübenrohzucker neue Ernte 12½ fest. Centrifugal Cuba —.

* Antwerpen, 7. Febr. Sofort 29,00 Frcs., per März-April 29,25 Frcs., per Okt.-Dez. 25,50 Frcs.

* New-York, 8. Febr. (Telegr.) Fair refining Muscovados 5⅛/16.

Kaffee.

* Hamburg, 8. Febr. Kaffee fest, Umsatz 4000 Sack.

* Hamburg, 8. Febr., vorm. 11 Uhr. Good average Santos per Febr. 63½, per März 63½, per Mai 63½, per Sept. 82. Behauptet.

* Hamburg, 8. Febr., nachm. 3 Uhr 30 M. (Schlußbericht) Kaffee good average Santos per Febr. 63½, per März 63½, per Mai 63, per Sept. 61¾. Behauptet.

* Amsterdam, 8. Febr. Java-Kaffee good ordinary 55¼.

* Havre, 8. Febr. Vorm. 10 Uhr M. (Telegramm von Pelmann, Kiegler & Comp.) Kaffee in New-York schloß unverändert. Rio 8000 Sack, Santos 6000 Sack. Recettes für gestern.

* Havre, 8. Febr. Vorm. 10 Uhr 30 M. (Telegramm von Pelmann, Kiegler & Comp.) Kaffee good average Santos per März 103,25, per Mai 103,00, per Sept. 103,00. Behauptet.

* New-York, 8. Febr. (Telegr.) Kaffee (fair Rio) 19¾. Rio Nr. 7, low ordinary per März 15,97, per Mai 15,92.

Petroleum.

* Berlin, 8. Febr. (Amtl.) Petroleum (Raffinirtes Standard white) per 100 kg mit Faß in Posen von 100 Ctr. Gekündigt —,— kg. Kündigungspreis —,— M. Termine —,— per diesen Monat —,— M., Durchschnittspreis —,— M., per Febr.-März —,— bez.

* Stettin, 8. Febr. Loco 12,10.

* Hamburg, 8. Febr. Petroleum ruhig, Standard white loco 7,05 Br., —,— Gd., per März 6,85 Br., —,— Gd.

* Bremen, 8. Febr. (Schlußbericht.) Petroleum fest, Standard white loco 6,60.

* Antwerpen, 8. Febr. (Telegr. (Schlußbericht.) Raffinirtes, Type weiß, loco 17 bez., 17½ Br., per Febr. 17 bez. u. Br., per März 17 Br., per Sept.-Dez. 18 Br. Fest.

* New-York, 8. Febr. (Telegr.) Raffinirtes Petroleum 70% Abel Test in New-York 7,50 Gd., do. Philadelphia 7,50 Gd. Rohes Petroleum in New-York 7,75, do. Pipe line Certificates per März 107½, Ruhig, stetig.

* New-York, 8. Febr., vormittags. (Telegr.) Petroleum (Anfangskurse.) Pipe line certificates per März 107½.

Spiritus.

* Berlin, 8. Febr. (Amtlich). Spiritus mit 50 M. Verbrauchsabgabe per 100 l à 100% = 10,000 l% nach Tralles. Gekündigt —,— l. Kündigungspreis —,— M. Loco ohne Faß 53,2—53 bez., per diesen Monat — bez., per März-April —,— bez., per April-Mai —,— bez., per Juni-Juli —,—, per Juli-Aug. —,— bez., per Aug.-Sept. —,— bez.

Spiritus mit 70 M. Verbrauchsabgabe per 100 l. à 100%, = 10,000% nach Tralles. Gekündigt —,— l. Kündigungspreis —,— M. Loco ohne Faß 33,8—,6 bez., per diesen Monat —,— M., per Aug.-Sept. —,— bez.

Spritus mit 70 M. Verbrauchsabgabe. Matt. Gekündigt —,— l. Kündigungspreis —,— M. Loco mit Faß —,— bez., per diesen Monat und per Febr.-März 33,8—,2 bez., per März-April —,— bez., per April-Mai 33,6—,3 bez., per Mai-Juni 33,9—,6—,7 bez., per Juni-Juli 34,3—,1 bez., per Juli-Aug. 34,7—,5 bez., per Aug.-Sept. 35,1—34,8—,9 bez., per Sept.-Okt. 35—34,7—,8 bez.

* Magdeburg, 8. Febr. Kartoffelspiritus für 10,000 l% loco ohne Faß 53,40—53,80 M. bei 50 M., 34,20 bei 70 M. Steuerausschlag.

Die Aeltesten der Kaufmannschaft.

* Magdeburg, 8. Febr. (Hermann Walther.) (Wochenbericht.) Das Spiritus-Geschäft bewegte sich in der letzten Woche in recht engen Grenzen und beschränkte sich hauptsächlich auf Erneuerungen der vorzunehmenden Aufnahmen behufs Lagerung, da die Nachfrage seitens der Kundschaft eine ungemein bescheidene bleibt. Die Preise haben eine Kleinigkeit im Werthe verloren, doch halten sich dieselben fast während der ganzen Woche auf gleicher Höhe; Termine sind ebenfalls im Verhältniß abgeschwächt, so daß ein regelrechtes Lagergeschäft nach wie vor unmöglich bleibt. Da augenblicklich nicht ein flotter Abzug von Spiritus, sondern nur das Bestreben, die vorhandenen bedeutenden Lagerräume an den Stapelplätzen zu füllen, den Preisen eine Stütze bietet, so ist die Befürchtung wohl berechtigt, daß der Preisstand des Artikels im Sommer, wo alle Welt die aufspeicherte Waare wieder los sein will, für den gehabten Zins- und Lagerverlust kaum entschädigen, geschweige denn einen entsprechenden Nutzen abwerfen wird.

Kartoffelspiritus, fieselbar ohne Faß, wurde amtlich wie folgt notirt.

3. Febr.	53,30—53,70	bei 50	M.	Steuerausschlag.
„	34,30	„ 70	„	„
4. „	53,20—53,60	„ 50	„	„
„	34,20	„ 70	„	„
5. „	53,20—53,60	„ 50	„	„
„	34,00	„ 70	„	„
6. „	53,40—53,80	„ 50	„	„
„	34,20	„ 70	„	„
7. „	53,40—53,80	„ 50	„	„
„	34,20	„ 70	„	„
8. „	53,40—53,80	„ 50	„	„
„	34,20	„ 70	„	„

Vom Speicher unter freier Verhaltung der Gebinde wenig begehrt.

* Leipzig, 8. Febr. Spiritus per 10,000 l% ohne Faß mit 50 M. Verbrauchsabgabe 53,40 M. nominell, mit 70 M. do. 33,90 M. nominell.

* Posen, 8. Febr. Spiritus loco ohne Faß (50er) 51,30, do. do. (70er) 31,80. Still.

* Stettin, 8. Febr. Spiritus ruhig, loco ohne Faß mit 50 M. Konsumsteuer 52,60, mit 70 M. Konsumsteuer 33,10, per April-Mai mit 70 M. Konsumsteuer 32,80.

* Hamburg, 8. Febr. Spiritus ruhig, per Febr. 21¾, Br., per März 21¾, Br., per April-Mai 22 Br., per Mai-Juni 22½, Br.

* Breslau, 8. Febr. Spiritus per 100 l 100%, excl. 50 M. Verbrauchsabgaben per Febr. 51,30, do. do. 70 M. Verbrauchsabgaben per Febr. 31,70, do. do. per April-Mai 32,50, do. do. per Aug.-Sept. —,—.

* Paris, 8. Febr. (Anfangsbericht.) Spiritus ruhig, per Febr. 35,25, per März 35,75, per März-April 36,25, per Mai-Aug. 37,50.

* Paris, 8. Febr. (Schlußbericht.) (Telegr.) Spiritus ruhig, per Febr. 35,25, per März, 35,75, per März-April 36,25, per Mai-Aug. 37,25.

Oelsaaten. Oele. Fettwaaren.

* Berlin, 8. Febr. (Amtl.) Rüböl per 100 kg mit Faß. Termine fester. Gekündigt — Ctr. Kündigungspreis —,— M. Loco mit Faß —,—. Loco ohne Faß — M., per diesen Monat 66,1—,3 bez., per Febr.-März 66 bez., per März-April 64,9 bez., per April-Mai 64,2—64,4 bez., per Mai-Juni —,— bez.

* Leipzig, 8. Febr. Raps per 1000 kg netto — M. bez. Rapsöl per 100 kg netto 14,00—14,50 M. Br. Rüböl per 100 kg netto ohne Faß flüssiges 67,00 M. bez. u. Br., gefrorenes —,— M. bez. Still.

* Stettin, 8. Febr. Rüböl ruhig, per Febr. 66,00, per April-Mai 64,00 M.

* Breslau, 8. Febr. Rüböl per Febr. 68,00, per Febr.-März 68,50.

* Köln, 8. Febr. (Telegr.) Rüböl loco 71,00, per Mai 1890 67,50, per Okt. 59,00.

* Hamburg, 8. Febr. Rüböl (unverzollt) behauptet, loco 68,50.

* Paris, 8. Febr. Rüböl fein Versch., wegen Zahlungseinstellung eines Maclers. Geschäft bis Dienstag suspendirt.

* Pest, 8. Febr. (Telegr.) Kohlraps per Aug.-Dez. 12 à 12½.

* New-York, 8. Febr. (Telegr.) Schmalz loco 6,20, do. (Rose & Brothers) 6,60.

Hülsenfrüchte.

* Berlin, 7. Febr. (Kol.-Präl.) Erbsen, gelbe zum Kochen, 20—32 M., Speisebohnen, weiße 26—40 M., Linsen 30—60 M. per 100 kg.

* Berlin, 8. Febr. (Amtl.) Mais per 1000 kg. Loco matt. Termine schließen befestigt. Gek. —,— t. Kündigungspreis — M. Loco 130—135 M. nach Qual., per diesen Monat — M., per März-April — M., per April-Mai 113,25—,75 bez., per Mai-Juni 114 bez., per Juni-Juli 114,5 bez., per Juli-Aug. —,— bez., per Sept.-Okt. — bez.

Erbsen per 1000 kg. Kochwaare 170—210 M. Futterwaare 157—164 M. nach Qualität.

* Nordhausen, 8. Febr. (Amtl.) Erbsen, gelbe z. K., 16—20, Speisebohnen, weiße, 22—24, Linsen 20—28 M. per 100 kg.

* Leipzig, 8. Febr. Mais per 1000 kg netto amerikanischer 136 M. bez.

* Wien, 8. Febr. (Telegr.) Mais per Mai-Juni 5,24 Gd., 5,26 Br., per Juli-Aug. 5,37 Gd., 5,39 Br.

* Pest, 8. Febr. (Telegr.) Neuer Mais 4,92 Gd., 4,94 Br.

* New-York, 8. Febr. (Telegr.) Mais (New) 37.

Mehl.

* Berlin, 8. Febr. (Amtl.) Roggenmehl Nr. 0 u. 1 per 100 kg br. inkl. Sack. Termine niedriger mit festem Schluß. Gek. — Sack. Kündigungspr. —, per diesen Monat und per Febr.-März 23,55—,65 bez., per April-Mai 23,65—,75 bez., per Mai-Juni —, bez., per Juni-Juli — bez.

* Berlin, 8. Febr. Weizenmehl Nr. 00 26,75—25,25, Nr. 0 25,25—23,75 bez. Feine Marken über Notiz bez. Zu hohe Forderungen erschweren den Umsatz.

Roggenmehl Nr. 0 u. 1 23,75—23,00, do. feine Marken Nr. 0 u. 1 25,25—23,75 bez. Nr. 0 Mehl Nr. 0 u. 1 per 100 kg br. inkl. Sack. In wenig bedeutenden Preisen fester Geschäft.

* Paris, 8. Febr., nachm. (Anfangsbericht.) (Telegr.) Mehl ruhig, per Febr. 52,40, per März 52,80, per März-Juni 53,40, per Mai-Aug. 53,75.

* Paris, 8. Febr., abends (Schlußbericht.) Mehl ruhig, per Febr. 52,40, per März 52,80, per März-Juni 53,40, per Mai-Aug. 53,80.

* New-York, 8. Febr. (Telegr.) Mehl 2 D. 55 C.

Butter. Eier. Fleisch.

* Berlin, 7. Febr. (Kol.-Präl.) Rindfleisch, von der Keule, 1,00—1,50, Bauchfleisch 0,90—1,30, Schweinefleisch 1,20—1,60, Kalbfleisch 1,00—1,60, Hammelfleisch 0,90—1,40, Butter 1,80—2,80 M. per 1 kg, Eier 3,20—5,60 M. per 60 Stück.

* Nordhausen, 8. Febr. Rindfleisch (Keule) 1,50—1,60, do. (Bauchfl.) 1,10—1,30, Schweinefleisch 1,40—1,60, Kalbfleisch 0,80—0,90, Hammelfleisch 1,00, Speck (geräuch.) 1,80—2,00, Butter 1,60—1,80, Ebbutter 2,00—2,40, per 1 kg. Eier 1,26—1,33 M. Käse 3,50 M. per 60 Stück.

Kartoffeln.

* Berlin, 7. Febr. (Kol.-Präl.) Kartoffeln 3,75—6,25 M. per 100 kg.

* Nordhausen, 8. Febr. (Amtl.) Kartoffeln 3,80—4,00 M. per 100 kg.

Metalle.

* Breslau, 8. Febr. (Telegr.) Zink unverändert.

* New-York, 6. Febr. Zinn Straits 20,75 Doll. Eisen, Nr. 1 Coltnes 27,75 Doll.

* New-York, 8. Febr. (Telegr.) Kupfer per März nom.

Chemische Produkte.

* London, 6. Febr. Chilisalpeter 8 sh. 3—4½ d. für gewöhnliche, 8 sh. 9 d. für chemische Sorten.

Gerolsteiner Sprudel zu Gerolstein wurde auf der Internationalen Ausstellung für Kochkunst und Nahrungsmittel zu Antwerpen mit der goldenen Medaille preisgekrönt. — Diese Thatsache findet umsomehr Erwähnung, als demselben in diesem seinem ersten Betriebsjahre bereits auf den Ausstellungen zu Köln und Trier hohe Auszeichnungen zu Theil wurden. Die vorzüglichen Wirkungen dieses natürlichen Mineralwassers bei Verdauungsstörungen, sowie das lange Behaltenlassen der freien Kohlensäure, selbst bei geöffneter Flasche, soll besonders geschätzt sein.

Halle. Druck und Verlag von Otto Hendel.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-18900211028/fragment/page=0004